

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zöllicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 02 21/21 16 58, Fax: 02 21/21 53 73

Nummer 3/16. Jahrgang

9. Februar 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Kohl will ARD und ZDF entmündigen

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk unter Druck
Wer bremst Kirch und Bertelsmann?

Stoiber und Biedenkopf fordern die Abschaffung des ersten Fernsehprogramms. Sie drohen mit Kündigung des ARD-Vertrags. Kohl macht das zur Chefsache. Er und seine Freunde, tätig als Sachwalter der großen Konzerne, werfen der ARD vor, ein Konzern, und dem WDR, dessen Zentrale zu sein. Starke Worte fallen: Kanzleramtsminister Bohl nennt den WDR „Fälscherwerkstatt“ und den Hessischen Rundfunk „Rotfunk“.

Scharping und Freunde regen sich mächtig auf, werfen Kohl monarchisches Gehabe vor. Dann geht die Diskussion in den Parteien kreuz und quer. Der CDU-Mediensprecher distanziert sich von den Stoiber-Biedenkopf-Thesen. Auch Burkhard Hirsch in der FDP tut dies; der Vorsitzende des FDP-Medienbeirats will dagegen auch noch gleich das ZDF privatisieren. Scharping tritt wie die Junge Union für die Reduzierung der Anzahl der ARD-Anstalten ein. Drei Tage später, nach der CDU-Klausurtagung am Wochenende, scheint wieder alles Friede, Freude, Eierkuchen: Das CDU-Vorstandspapier verlangt die Einstellung des Gemeinschaftsprogramms nicht mehr ausdrücklich. Alle waren schon immer für die Erhaltung der ARD, bloß reformiert werden soll sie — aber das wollten auch schon immer alle, auch die Opposition. Alles Theaterdonner?

Die Regierungskoalition will noch vor der Sommerpause den neuen Rundfunkstaatsvertrag auf den Weg bringen. Hauptstreitpunkt dabei sind die Regelungen zur Kontrolle und Begrenzung der Konzentration der privaten Sender. Damit soll die weitere Machtausdehnung der Kirch und Bertelsmann eingedämmt werden. Bisher geschieht dies unzureichend und schwer kontrollierbar über die zulässigen (Kapital-)Anteile an den Sendern. Dafür sollen jetzt Höchstgrenzen an Marktanteilen festgelegt werden.

Mark Wössner, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann AG, des zweitgrößten Medienkonzerns der Welt, hat am 8. Januar in einem offenen Brief gefordert, bei der Überarbeitung des Rundfunkstaatsvertrags müsse darauf geachtet werden, daß die großen deutschen Medienunternehmen genügend Entwicklungsspielraum behielten, um in dem immer schärfer werdenden internationalen Wettbewerb zu bestehen. Das ist ein klarer Auftrag an die Politik, den der Kanzler offenbar zu erfüllen gewillt ist.

Die großen Medienkonzerne fühlen sich aber nicht nur durch Begrenzung

der Kapital- oder Marktanteile, sondern auch durch die Konkurrenz der öffentlich-rechtlichen Sender um Werbeaufträge gefesselt. Deshalb kämpfen sie für die Beibehaltung des Werbeverbots nach 20 Uhr in ARD und ZDF im Rundfunkstaatsvertrag. Kohls Spektakel über den Medienkonzern ARD hat diese Themen geschickt in den Hintergrund gerückt.

Es besteht die Gefahr, daß im Überschwang der Übereinstimmung aller Parteien zur ARD-Reform auch die für 1997 vorgesehene Gebührenerhöhung kippt. Am 22. Februar 1994 urteilte das Bundesverfassungsgericht: „Die Gebühr darf nicht zu Zwecken der Programmleitung oder der Medienpolitik eingesetzt werden.“ Genau das ist aber geplant.

Lothar Späth hat am Beispiel von SWF und SDR schon vorgeführt, wie man unter der Pleitedrohung die Sender zu Struktur- und Programmveränderungen preßt. Dieses Rezept, auf ARD und ZDF angewandt, schwächt ihre Position nachhaltig und fördert die Marktbeherrschung durch Kirch und Bertelsmann; die Informations- und Medienfreiheit ist in höchster Gefahr.

Der CDU-Vorstand fordert in seinem Beschluß zur ARD-Reform „die Konzentration des öffentlich-rechtlichen Hörfunks und Fernsehens auf seine spezifischen Aufgaben (Grundversorgung) und damit die Reduzierung der Vielfalt der Programme“. Das Bundesverfassungsgericht hat Grundversorgung aber nicht als Minimalversorgung definiert, sondern als Sicherstellung der Vielfalt politischer Information und Meinungsbildung sowie Kultur unter Teilnahme aller gesellschaftlichen Gruppen. Das soll garantiert werden durch die Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Genau das — obschon in Wirklichkeit durch den Parteienproporz in den Rundfunkräten schon ausgehöhlt — wird angegriffen. „Vielfalt ist effektiv nur erreichbar durch Wettbewerb“, sagen Stoiber-Biedenkopf in ihren Thesen. Das öffentliche Interesse an der Vielfalt werde durch die Beschränkung des Wettbewerbs unter den Rundfunkanstalten verletzt. Die Meinungsvielfalt im Programm verfälschen sie in die Vielzahl der konkurrierenden (Landes-)Sender. Wie die Privaten zeigen, läßt diese Konkurrenz durchaus einseitige Information zu.

Das sind einige der Tücken der CDU-Vorschläge zur ARD-Reform. Eine inhaltlich fundierte Opposition hat sich dazu noch nicht formiert. — (ulk)



Nach dem Ablauf der Friedenspflicht weitet die IG Metall bundesweit ihre Warnstreiks aus. Der alte Tarifvertrag ist zum 1. Januar abgelaufen. Bild: Warnstreik bei Bosch Feuerbach. (siehe auch Seite 3 u. 9)

Balkan: Kinkels Allianz

Hektische Reisediplomatie Kinkels, Rühes u.a.

Verteidigungsminister Rühe in Rumänien und Außenminister Kinkel in Kroatien und Bosnien: Die Reisediplomatie der BRD hatte in der letzten Woche ein klares Ziel. Die Länder Osteuropas werden verstärkt in das Interessengeflecht der deutschen Außenpolitik eingebunden.

Konkrete Ergebnisse gab es auch. Rühe vereinbarte mit dem rumänischen Außenminister ein gemeinsames Manöver der Bundeswehr und rumänischer Truppen im kommenden September in Rumänien. Die Reise Außenminister Kinkels wurde als überraschend und demonstrativ kommentiert. Kinkel traf zunächst mit dem kroatischen Präsidenten Tudjmann zusammen, das war überraschend, dann fuhr er nach Sarajevo — eine demonstrative Geste.

In Zagreb wäre seine Mission ohne Erfolg geblieben. Warum? Der kroatische Präsident Tudjmann kündigte vor kurzem den Vertrag mit den UN-Blauhelmen in Kroatien. Diese hatten die Aufgabe, in den von Serben besiedelten Gebieten Ruhe zu halten, zu beobachten und Konflikte zwischen kroatischen und serbischen Truppen zu vermeiden. Tudjmann ist der Auffassung, daß die Blauhelmsoldaten nur die Serben unterstützten. Deswegen müssen sie bis Ende Juni abziehen. Gescheitert sei nun die Mission Kinkels, weil die kroatische Regierung nicht von ihrer Position abgeht.

Ganz anders als die bundesdeutsche Presse interpretiert die kroatische Regierung aber den Besuch Kinkels. Der kroatische Außenminister Irfan Ljubijankic antwortete auf die Frage eines Journalisten, ob die kroatische Regierung den Vorstoß Kinkels negativ beurteile: „Ich bin nicht der Meinung, daß Deutschland uns enttäuscht hat. Ich betrachte Herrn Kinkel als Freund.

Deutschland ist unser strategischer Partner.“

Und tatsächlich hatte die Reise Kinkels auch ausschließlich strategischen Charakter. Nicht zufällig besuchte er auch Sarajewo. Der Besuch des Krankenhaus war für die Presse. Der Besuch bei dem Kriegstreiber Izetbegovic diente der weiteren Absprache über die zukünftigen Aufgaben der bosnisch-kroatischen Föderation.

Es gilt, einen Krieg vorzubereiten. Tudjmann kündigte bei der Kündigung des Vertrages mit den UNO-Blauhelmen an, er werde die von den Serben besiedelten Gebiete in Kroatien militärisch zurückerobern. Es dauerte nicht lange, daß sowohl die Serben in Kroatien als auch die in Bosnien gemeinsame Solidarität zeigten und ihrerseits Vorbereitungen für eine militärische Auseinandersetzung begannen.

Nun gilt es für die BRD, als „strategischer Partner“ die Positionen der bosnisch-kroatischen Föderation festzulegen. Dazu diente die Reise Kinkels und, wenn man so will, auch flankierend die Reise Rühes nach Rumänien.

Doch dabei blieb es nicht. Am vergangenen Wochenende trafen sich die Außenminister Kroatiens und Bosniens und weitere Vertreter der Föderation ausgerechnet auf der Wehrkundetagung in München. Gemeinsam mit hochrangigen Vertretern der Bundesregierung und der Nato wurden die von Außenminister Kinkel auf seinem Balkantrip vorgezeichneten „strategischen“ Planungen für den kommenden Kriegsfall weiter diskutiert. Selbstverständlich fehlte auch in München nicht das Angebot von Verteidigungsminister Rühe, daß im Falle eines Abzuges der Blauhelme aus Kroatien Tornado Kampfflugzeuge der Bundeswehr zu ihrem Einsatz bereitstehen. — (hav)

PDS-Parteitag: Zwei dunkle Punkte und ein Funken Licht

Die Fünf Punkte und der Pluralismus in der Partei

Das Urteil der unfreundlich voreingestellten Medien über den vierten Parteitag der PDS in Berlin war negativ, bis hin zu der Feststellung: Anfang vom Ende. Inzwischen liegen auch kritische Äußerungen aus dem neugewählten Vorstand vor. So äußert Andre Brie im *Neuen Deutschland* u. a., daß Politikfähigkeit nur in der Mietenfrage angesprochen worden sei. Eine Wendung in die Politik, die nach so erfolgreichen Wahlen fällig ist, gelang bisher nicht. Zu Meinungsverschiedenheiten, ob Politik mehr kritisch oder mehr alternativ zu sein hätte, kam es nicht, da schon die Gegenstände fehlten.

In der Öffentlichkeit am meisten beachtet wurde die von Lothar Byski und Gregor Gysi angeführte Auseinandersetzung mit dem bisherigen pluralistischen Parteikonzept der PDS. In der Fünf-Punkte-Plattform wird das Pluralismusgebot der Satzung neu ausgedeutet: „Die Partei als Ganzes bleibt pluralistisch ... Dennoch bedeutet dies nicht, daß in jedem Vorstand und in jeder Fraktion jede politische Richtung vertreten sein muß. Es geht um ihre Politikfähigkeit“ (s. a. S. 14/15).

Es ist nicht bekannt, daß irgendjemand in, bei oder in ferner Nähe zur PDS jemals behauptet hätte, die Vorstände und Fraktionen seien nach einer Art Proporzsystem zu beschicken. Diese Satzungslegung war vielmehr nötig, um Bisky/Gysi einen hart am Rande der Mißachtung der Programmatik der PDS geführten Konfrontationskurs mit Sarah Wagenknecht und der Kommunistischen Plattform zu ermöglichen. In der Drohung, die Ämter im Falle einer Wahl von Sarah Wagenknecht niederzulegen, liegt etwas Beleidigendes, persönlich Herabsetzendes, das mit dem Humanismus- und Pluralismusgeboten der PDS nicht leicht in Übereinstimmung zu bringen ist. Bis zu einem gewissen Grade wurde den Delegierten des Parteitags das Recht verkürzt, im Rahmen der Wahlordnung Kandidaten ihrer Wahl zu bestimmen.

Am Ende dieser Wahlkampagne verfehlte Sarah Wagenknecht mit etwa einem Drittel der Stimmen die Wahl als Vorstandsmitglied. Bisky/Gysi konnten das als Erfolg verbuchen. Tatsäch-

lich hat sich der neue Vorstand um ein Stück Problembewußtsein gebracht, als er das Angebot aus der Kommunistischen Plattform so brutal zurückwies. Die Kommunistische Plattform bildet in der Gesamtpartei der PDS eine kaum zu ersetzende Klammer zwischen dem Damals der DDR und der sie tragenden Partei und dem Heute der fünf neuen Länder. Es ist außerordentlich interessant, daß gerade aus den Reihen der Kommunistischen Plattform nachdrücklich gesagt wurde, man wolle nicht um die Führung kämpfen, sondern mitwirken. Die Kommunistische Plattform hat sich in einem Konflikt nachprüfbar diskursiv verhalten, in dem die scharfen Stalinismuskritiker Bisky/Gysi ihren Führungsanspruch bis hin zur Ausgrenzung von irgendwie störenden Minderheiten begründeten.

Es ist denkbar, daß die Doppelspitze von Fraktion und Partei damit tief und unglücklich in den immer noch andauernden Verarbeitungsprozeß des Mituns und Mitlaufens beim Staatssozialismus eingriffen hat. Während so viele Mitglieder der PDS sich dieser Problematik aufrichtig aussetzen und differenzieren wollen, erledigen andere das Problem durch formelhaftes Beschwören, so als ob man die eigene Vergangenheit nur in einer dunklen Nacht mit der linken Hand über die rechte Schulter werfen müsse und dann Ade. Darin liegt eine bedrückende Mißachtung der gewissenhaften Diskussion in der Mitgliedschaft. Die Präsenz der Positionen der Kommunistischen Plattform mag die Arbeit in so einem Vorstand erschweren, aber sie erzwingt eben auch gewissenhaften Umgang mit den Problemen vieler. Wenn es sich so verhält, dann hat der Vorstand ein wirkliches Problem unzähliger Anhängerinnen und Anhänger der PDS abgeschmissen. Er wird es aufheben müssen oder darüber ins Stolpern kommen.

Nicht auf dem, aber neben dem Parteitag in der Presseöffentlichkeit machte die neue Richtung einen weiteren Konflikt mit dem Pluralismus in der PDS auf. Seit dem Parteitag reißen die Stellungnahmen aus dem frisch gesäuberten Vorstand nicht ab, die sich gegen die Rechte von Zusammenschlüssen in

und bei der PDS richten. Man kann schon sagen, im Zentrum der Angriffe steht der Bund Westdeutscher Kommunisten. Wie wohl alle Leserinnen und Leser gerade dieser Zeitung wissen werden, hatte der BWK in einer mehrere Jahre andauernden Auseinandersetzung so wesentliche Übereinstimmungen zwischen den von ihm vertretenen Zielen und dem Programm und der Satzung der PDS gefunden, daß es zuerst zu einer Vielzahl von Doppelmitgliedschaften kam. Doppelmitglieder bildeten Arbeitsgemeinschaften bei PDS-Landesverbänden, und Landesverbände des BWK gingen in solchen Arbeitsgemeinschaften auf. All dies geschah in aller Öffentlichkeit. Jetzt auf einmal behaupten Vorstandsmitglieder des PDS-Bundesvorstandes, es sei „der BWK“, der einen Antrag auf Anerkennung als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der PDS gestellt habe, wo es sich in Wirklichkeit so verhalten hat, daß in einer ganzen Reihe von Bundesländern Landesverbände des BWK in Arbeitsgemeinschaften aufgingen, die nach der Satzung der PDS bereits bestanden, und ihre Arbeit ohne irgendwelche Vorbedingungen zugunsten dieser AGs in und bei der PDS einstellten, so daß es in all diesen Fällen den BWK nicht mehr gibt. Die vormaligen Mitglieder des BWK regelten ihr Verhältnis zu solchen Arbeitsgemeinschaften bzw. zur PDS individuell. Von einer Fortdauer des BWK als Partei in der Partei zu sprechen, ist abwegig.

Wegen der Arbeit der kommunistischen Arbeitsgemeinschaften im Westen hat es, so viel bei uns bekannt geworden ist, keinen Streit gegeben. Die Vorwürfe, die jetzt über die Presse kommen, sind auch sachleer. Die Vermutung liegt nahe, daß es nur dem Schein nach um kommunistische Arbeitsgemeinschaften im Westen geht, tatsächlich aber um ein exemplarisches Verfahren. Dafür würden sich die kommunistischen Arbeitsgemeinschaften im Westen recht gut eignen, von deren konkreter Arbeit die breite Parteibasis im Osten nichts wissen kann und die durch breit streuende Publikationsmittel wie das *Neue Deutschland* beinahe nach Lust und Laune und fernab der Realität

definiert werden können, wie es den Erfordernissen entspricht. Zum Glück sind für diese Arbeitsgemeinschaften bei Landesverbänden im Westen nach der Satzung der PDS ausschließlich die Landesversammlungen der entsprechenden Parteigliederungen zuständig.

Warum dürfen wir dennoch hoffen, daß die Fünf-Punktler um Bisky/Gysi inne halten? Der Parteitag hat die Fünf-Punkte-Plattform mit großer Mehrheit als Kompromißpapier verabschiedet. Im Punkt 3. Pluralismus ist dabei eine Meinung verfestigt worden, die zum Antipluralismus tendiert. Anders hingegen im Punkte 5. Verhältnis zu SPD und Bündnis '90/Die Grünen. Hier wird zum ersten Mal eine wichtige Erkenntnis niedergelegt, die in dieser Zeitung Mal um Mal angemahnt wurde. Wenn es in diesem Dokument heißt: „So wie wir sie (SPD u. Bündnisgrüne, d. Verf.) in ihrer Unterschiedlichkeit zu uns akzeptieren, erwarten wir, daß sie eines Tages auch uns in unserer Verschiedenartigkeit zu ihnen akzeptieren werden. Die PDS benötigt gegenüber diesen Parteien keine Abgrenzungsbeschlüsse. Die Art der Zusammenarbeit mit SozialdemokratInnen, Sozialdemokraten und Grünen wird sich Schritt für Schritt in außerparlamentarischen Aktionen und in parlamentarischen Gremien herausbilden.“ Tatsächlich gibt es in vielen Bezügen praktischer Politik aber auch in vielerlei Diskussionszusammenhängen eine derartige Zusammenarbeit, und es ist Zeit, daß die PDS dies wahrnimmt. Hoffentlich ist mit dieser Einsicht im Westen ein Ende der Politik der Abwerbungen aus dem Bereich SPD und Grüne gekommen, die der PDS so viel Mißkredit einbrachten. Wenn sich die PDS aber auf das Gebiet der praktischen außerparlamentarischen Zusammenarbeit begibt, wird die ganze Partei bemerken, daß eine sozialistische Partei sich die Achtung ihrer Partner und Freunde nur bewahren kann, wenn sie Diskussionsbereitschaft und Toleranz im eigenen Parteileben pflegt. Vor Ort lernt man sich kennen und achten. Und wenn man sich satt hat, muß man auch damit umgehen. Kommt doch ruhig auch mal hin, dann wird alles besser! — (maf)

AKTUELL IN BONN

CDU-Steuerpläne „für Familien“

Auf einer Klausurtagung am 4./5. Februar hat der CDU-Bundesvorstand unter anderem über steuerpolitische Pläne beraten. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt, doch verbreiten Teilnehmer der Sitzung, die Haushaltspolitiker müßten jetzt „mehr tun“ für Familien. Finanzminister Waigel hatte kürzlich angekündigt, im sog. „Jahressteuergesetz 1996“, das bis Sommer 1995 vorgelegt werden soll, u. a. das Kindergeld ab dem zweiten Kind von 130 auf 150 DM anheben zu wollen, ab dem dritten Kind sogar auf 250 DM. Beim ersten Kind sollte nach Waigels Ankündigungen das Kindergeld bei 70 DM bleiben. Das reicht der CDU nicht. Auch beim ersten Kind soll etwas geschehen, weil „der SPD in der Familienpolitik von den Wählern eine größere Kompetenz zugestanden werde“.

SPD-Streit über „Haushaltshilfen“

Die Pläne der Koalition, die Beschäfti-

gung von Haushaltshilfen steuerlich absetzbar zu machen, werden von der SPD nicht mehr vollständig abgelehnt. Die Kosten für Kindermädchen, Köche und Gärtner sollen ab 1.1.1996 von der privaten Lohn- und Einkommenssteuer abgesetzt werden können. Damit, so CDU-Arbeitsminister Blüm, würden sie zu „ganz normalen Arbeitnehmern“. Die Koalition behauptet, ihr Gesetz werde 700 000 bis eine Million „neue Arbeitsplätze“ schaffen. Tatsächlich dehnt dieser Plan das Direktionsrecht von besser verdienenden Lohnabhängigen Haushalten bis in die private Lebensführung aus und vertieft so die Konflikte unter den Lohnabhängigen. Während ärmere Lohnabhängige (vermutlich noch vergeblicher als jetzt schon) öffentliche Dienstleistungen fordern (z. B. Kindergärten für ihre Kinder) leisten sich andere — Besserverdienende — diese Dienste künftig eben privat. SPD-Minister Schröder will sich solchen Wünschen nicht länger verschließen: Man dürfe das Dienstmäd-

chenprivileg nicht „tabuisieren“.

Kindergartenanspruch „vertagt“

Eine Arbeitsgruppe der Länder hat vorgeschlagen, den gesetzlich vorgesehenen festen Anspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind nicht, wie bisher festgeschrieben, ab 1996 zu verwirklichen, sondern frühestens 1999. Der Beschluß stieß selbst in der CDU jetzt auf scharfe Kritik. Die CDU-Sozialausschüsse sprachen von einem „Anschlag auf junge Familien“, Rita Süßmuth erklärte für die CDU-Frauenunion, wenn eine steuerliche Entlastung von Haushaltshilfen möglich sei, müsse auch der Kindergartenplatz finanzierbar sein.

Initiative für mehr Wohngeld

In einem gemeinsamen Schreiben an Kanzler Kohl haben der Deutsche Mieterbund, der Deutsche Städtetag und der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft eine Erhöhung des Wohngeldes gefordert. Spätestens zum 1. Januar

1996 müsse eine Wohngeldanhebung in Kraft treten, fordern die Verbände. Eine solche gemeinsame Initiative ist höchst ungewöhnlich, vertritt doch der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft die Vermieterinteressen. Offenbar halten alle drei Verbände eine Fortdauer der großen Wohnungsnot und damit verbundene extreme Mietsteigerungen in den nächsten Jahren für unvermeidbar und wollen diese Mietsteigerungen wenigstens zum Teil durch höheres Wohngeld „dämpfen“. Das läßt für die Entwicklung von Obdachlosigkeit und Wohnungsnot Schlimmes befürchten.

Was kommt demnächst?

Am 9. und 10. Februar berät der Bundestag u. a. über den Jahreswirtschaftsbericht der Regierung, die Kernenergiepolitik und einen Antrag zum Familienhilfeänderungsgesetz. Am 11. Februar beginnt in Kassel ein Länderrat vor Bündnis 90/Die Grünen. Am 19. Februar sind in Hessen Landtagswahlen.

Am Ende wieder ein Reallohnabbau?

Kann die IG Metall eine weitere Senkung der Reallöhne verhindern?



Die Warnstreiks der IG Metall laufen durchaus gut. Bis Anfang der Woche waren 274000 Beschäftigte beteiligt, in etlichen Betrieben dauerten die Warnstreiks sogar eine ganze Schicht lang. Gesamtmetall-Geschäftsführer Kirchner hatte behauptet, der „Januar-Schock“, also die Mobilisierungswirkung aufgrund der verminderten Netto-Bezüge durch Solidarzuschlag und Pflegeversicherung, würde nicht stattfinden. Die Warnstreikbeteiligung zeigt etwas anderes.

Zum einen sind auch in höheren Lohn- und Gehaltsgruppen die Haushalts-spielräume aus laufenden Einkommen äußerst angespannt. Zum anderen trifft weder die das Lohn Einkommen einseitig schröpfende Finanzierungsart des Solidarbeitrags noch der Ausstieg der Arbeitgeber aus der Bezahlung der Pflegeversicherung auf Verständnis. Und zu guter Letzt ist kein Ende des Reallohnabbaus absehbar. Mußte im letzten Jahr die schwache Konjunktur für Einkommensverluste herhalten, so soll dieses Jahr die anziehende Konjunktur auch kein Grund für Lohnsteigerungen sein. Die unverhohlenen Äußerungen von Stihl & Co. über die unzeitgemäße Lohnfortzahlung, nicht mehr in die Landschaft passendes Urlaubsgeld und moderne Beseitigung sozialer Sicherung lassen einer eventuellen Verzichts-

neigung keine Hoffnung auf spätere Dankbarkeit von seiten der Kapitalisten oder des Staates.

Andererseits hat die Lohnbewegung Metall praktisch keine Chance, richtig erfolgreich zu sein. Schon jetzt steht fest, daß am Ende von eventuell harten Auseinandersetzungen die Beschäftigten nicht glücklich sein werden. Michael Geuenich vom DGB-Bundesvorstand prognostiziert, daß die Arbeitnehmer „1995 ... zum elften Mal seit 1980 und zum vierten Mal seit 1990 ein nachzählbares Minus im Portemonnaie haben“ werden. (Handelsblatt, 1.2.95) Stiege der Bruttolohn 1995 um 3% an, errechnet Geuenich, ergäbe sich aufgrund der steigenden Abgabenlast ein Nettominus von 1,9 bis 2,4%. Die reale Nettolohnsumme je Arbeitnehmer würde sich dann in diesem Jahr auf den Stand von 1980 zurückbewegen. Bezogen auf die Lohndifferenzierung nimmt sich die Einkommenslage für die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nochmals dramatischer aus, als es die Durchschnittswerte Geuenichs vermitteln.

Zu allem Überfluß versteht es Kanzler Kohl, zeitpassend zur Tarifbewegung den von Mitglieder Diskussion und -voten kaum zu beeinflussenden DGB mit beschäftigungspolitischer Verantwortung zu locken und zuschlagsfreie Samstagarbeit, Verwandlung der 35-

Stunden-Woche in gewöhnliche Teilzeitarbeit, Fristverträge und einiges andere mehr per Kanzlerrunde auf den Tarif-Verhandlungstisch zu transportieren.

Dabei sieht noch nicht einmal die beschäftigungspolitische Bilanz der letzten Tarifabschlüsse rosig aus. Das gewerkschaftliche WSI-Institut stellt eine Verschiebung der betrieblichen Anpassungspolitik der Arbeitszeit an verringerte Kapazitätsauslastung von der Kurzarbeit zu den tariflich möglichen Reduzierungen fest. Dabei, so das WSI, „verlagern sich die Anpassungslasten von der solidarisch gemeinschaftlich finanzierten Arbeitsmarktpolitik und den Betrieben auf die betroffenen Beschäftigten“. (Handelsblatt, 28.12.94)

Gesamtmetall hat jetzt den Stop der vermögenswirksamen Leistungen, jährlich 2,2 Milliarden DM und 1,1% der Lohnsumme, zur „Kostenkompensation“ der Tarifierhöhung eingebracht, wäre aber auch mit anderen Kürzungen zufrieden. Der IG-Metall-Vorstand gibt sich überrascht und kündigt eine Verschärfung des Arbeitskampfes an.

„IG Metall und Gesamtmetall wissen“, schreibt das Handelsblatt, „daß die Tarifrunde 1995 in einem Kompromiß enden wird. Dieser Kompromiß wird ungefähr das arithmetische Mittel zwischen null und sechs Prozent sein,

also um die drei Prozent oszillieren. Für diesen Mittelwert brauchen beide Seiten ein Alibi. Die Warnstreiks sind dieses Alibi. Und deshalb gehören sie zum tarifpolitischen Ritual, und deshalb sollte man sie nicht anders würdigen als eben die Mittel zum beiderseitigen Zweck. Der beiderseitige Zweck ist der vermutlich schon längst verabredete Kompromiß. Es wären schlechte Tarifvertragsparteien, die nicht schon längst das Konzept der endgültigen Einigung erarbeitet hätten.“ (2.2.95)

Dieser „Kompromiß“ hätte aber weder in seiner Lohnseite noch in einer eventuellen Beschäftigungsseite für die IG Metall etwas Erfolgreiches. Die Asymmetrie der Verteilung des gesellschaftlichen Einkommens würde weiter zuungunsten der Lohnabhängigen zunehmen. Der Beschluß der Vollversammlung der IG-Metall-Vertrauensleute bei Bosch-Feuerbach kann gut als Orientierungsmaß für den Grad der weiteren Verschiebung dienen.

Zur Entfesselung aus den Fallstricken gegenwärtiger gewerkschaftlicher Tarifpolitik ist bestimmt die Diskussion zu führen, wieviel eine — ja nicht mal erfolgreiche — Beschäftigungssicherung eigentlich kosten darf. Und die Auffassung, daß „im Kampf“ Probleme unter die Decke gekehrt gehören, ist ganz bestimmt ganz falsch. — (gka)

„Menschenrechte und Selbstbestimmung für das kurdische Volk“

24. bis 26. Februar: Kurdistan-Konferenz der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus

Die Vorbereitungen für die Kurdistan-Konferenz „Menschenrechte und Selbstbestimmung für das kurdische Volk“ der PDS-Abgeordnetenhausfraktion in Berlin gehen ihrem Ende entgegen.

Nach Redaktionsschluß dieser Ausgabe wird endgültig über die Räume entschieden — eine Tagung im Abgeordnetenhaus war von der CDU-Präsidentin Laurien mit formalen Argumenten verhindert worden.

Die Konferenz, die von der PDS-Bundestagsgruppe und dem Bundesvorstand unterstützt wird, soll am Freitag, den 24. Februar, gegen 19 Uhr mit einer kulturellen Abendveranstaltung beginnen, Samstag morgen folgt dann um ca. 9 Uhr die Eröffnung im Plenum, ab nachmittags sind Arbeitsgruppen vorgesehen, deren Ergebnisse Sonntag in einem Abschlußplenum zusammengetragen werden sollen, das gegen 14 Uhr enden soll.

Zahlreiche Gäste haben sich bereits beim Vorbereitungsbüro (Marion Seelig, MdA, Tel. 030/2325 5 7, Fax 030/2325 2525) angekündigt, darunter

- Yasar Kaya, Ehrenvorsitzender der DEP,
- Murat Bozlak, Vorsitzender der HADEP,
- Ismet Serif Vanly, Kurdisches Institut Berlin,
- Vertreter/innen des kurdischen Roten Halbmonds,
- Vertreter/innen der Kurdistan-Informationsbüros Köln und Berlin,
- Ulla Jelpke, PDS-MdB,
- Angelika Beer, Grüne-MdB,
- Prof. Norman Paech, Völkerrechtler, Hamburg,
- Rechtsanwalt Hans-Eberhard Schultz, Bremen,

- Hans Otto Wiebus, DJU, IG Medien,
- Dagmar Rüdenburg, HBV Bayern,
- Jürgen Korell, Sprecher der „Kritischen Polizistinnen und Polizisten“,
- Vertreter/innen der Vereinigung Demokratischer Juristen und des Republikanischen Anwaltsvereins und viele andere mehr. Die Konferenz soll die Zusammenarbeit zwischen deutschen und kurdischen Organisationen verbessern helfen, vor allem aber den Druck auf die Bundesregierung verstärken. Die Waffenlieferungen deutscher Regierungen und Konzerne in die Türkei sind eine offensichtliche Unterstützung für den Völkermord des türkischen Regimes an der kurdischen Bevölkerung. Sie müssen endlich gestoppt werden! Aufhören muß die Zusammenarbeit deutscher und türkischer Polizei, deutscher und türkischer Geheimdienste, deutscher und türkischer Militärs gegen das kurdische Volk! Kurdische Flüchtlinge müssen ein dauerhaftes Bleiberecht in der Bundesrepublik bekommen, kein befristetes oder wie auch immer begrenztes, sondern ein unbegrenztes und unbefristetes Bleiberecht! Die Verfolgung kurdischer Vereine, die qualende Inhaftierung von Kurdinnen und Kurden, die sich für die Befreiung ihres Volkes von der türkischen Herrschaft eingesetzt haben, in deutschen Gefängnissen muß aufhören! Die Bundesregierung muß sich endlich für eine politische Lösung, für die Aufnahme eines Dialogs des türkischen Regimes mit der kurdischen Befreiungsbewegung, mit der PKK, einsetzen, um zu einer politischen Lösung auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts des kurdischen Volkes zu gelangen! Für diese Ziele will sich die Konferenz in einem breiten Dialog deutscher und kurdi-

scher Vertreter einsetzen.

Zugleich soll auch die materielle Solidarität mit dem kurdischen Volk ver-

stärkt werden. Nach dem Verbot der Zeitung Özgür Ülke ist diese praktische Solidarität dringender denn je. — (rüf)

Özgür Ülke

Verboten!

Sehr geehrte Damen und Herren! Wie Sie wissen, hat Özgür Ülke unter den schwierigsten Umständen stets versucht, die Wahrheit, sei es unserem Volk oder der Weltöffentlichkeit gegenüber, ans Licht zu bringen.

Bis zum heutigen Tag wurden nahezu alle Ausgaben unserer Zeitung konfisziert, gegen unsere Autoren und Mitarbeiter Strafverfahren unter unglaublichen Beschuldigungen aufgelegt. Unsere Korrespondenten wurden ermordet, inhaftiert, unsere Zeitungsbüros bombardiert und wir haben trotz allem mit allen Kräften, gegen Tausende von Hindernissen, die Zeitung herausgebracht.

Am 3.2.1995 wurde unser Zentralbüro in Istanbul von der Polizei aufgesucht. Sie teilte uns mit, daß unsere Zeitung durch den Beschluß des Istanbul Friedensgerichts (!) in zwei Fällen als „verbotene Publikation“ bewertet wurde und von nun an nicht mehr erscheinen dürfe.

So wurde die Herausgabe unserer Zeitung gehindert.

Natürlich werden wir uns nicht aus

dem Journalistenleben zurückziehen. Wir werden vor den Augen der Pressemitarbeiter und JournalistInnen in aller Welt das schmutzige Gesicht dieses Spieles, das man mit uns spielt, entlarven.

In diesem Sinne erwarten wir von Ihnen eine breite Unterstützung.

Was hier verschwiegen werden soll, ist nicht nur Özgür Ülke, sondern durch ihre Person die freie Berichterstattung.

Wir wollen ihnen nicht die Historie schildern, wenn wir sind uns sicher, daß sie die Entwicklungen mitverfolgt haben.

Es ist sicher, daß eines Tages in der ganzen Welt die Pressefreiheit dadurch existieren wird, wenn die Pressenarbeiter Hand in Hand zusammenarbeiten werden.

Wir hoffen, daß sie uns in den Tagen unseres Widerstandes beistehen werden und bedanken uns im voraus für ihre Unterstützung. (3. Februar)

gez. Özgür Ülke Europavertretung, Sachsenring 29-31, 50677 Köln, Tel. (0221) 31 1027-28, Fax (0221) 325624

Rußlands Parteien und der Krieg

Die Parteien in Rußland sehen sich einem Präsidenten und seiner Umgebung gegenüber, die bravours auf der Klaviatur des „teile und herrsche“ spielen. Ihre Schocktherapie mit Preisfreigabe und Privatisierung teilte die Gesellschaft in die doppelt (von ihren Ersparnissen und vom Volkseigentum) enteignete Mehrheit der Bevölkerung und in die Gewinner des Kapitalisierungsprozesses. Ende 1991 spalteten sie in Befürworter und Gegner des Unionsstaates und trugem mit dem slawischen Dreierbund die UdSSR zu Grabe. Als im Dezember 1993 noch im Nachhall der Kanonade gegen das „Weiße Haus“ parallel zu den Parlamentswahlen ein Verfassungsreferendum stattfand, teilte sich die russische Gesellschaft in etwa ein Viertel, das die Verfassung annahm, und ca. drei Viertel, die eine undemokratische Verfassung, die dem Präsidenten fast unbeschränkte Macht gewährt, nicht wollten. In den ersten Monaten des Jahres 1994 betrieb Jelzin mit großem Aufwand den Abschluß eines „Vertrags über die gesellschaftliche Eintracht“. Eintracht sollte die Schüsse des Präsidenten gegen das Parlament und die Wahlniederlage des auf den Präsidenten-Kurs eingeschworbenen Wahlblocks „Rußlands Wahl“ vergessen machen, die in Zweifel geratenen Resultate des Verfassungsreferendums stabilisieren und die Opposition in ein Stillhalteabkommen einbinden. Erreicht wurden seit dem 28. April hunderte Unterschriften von Vertretern aller möglichen Staatsorgane verschiedener Ebenen, unterschiedlichster Organisationen und Parteien. Aber nicht Eintracht war das Ergebnis, sondern die Spaltung der Gesellschaft in Unterzeichner und Nichtunterzeichner. Nicht unterschrieben haben alle in Rußland existierenden kommunistischen Parteien und Organisationen, die Agrarpartei und der Wahlblock „Jakobolo“ sowie eine Reihe kleiner Organisationen verschiedener Richtung. Mit dem Eintracht-Vertrag hat das Jelzin-Regime den Spaltplatz auch in Parteien und Organisationen getragen. Die Duma-Fraktion der Demokratischen Partei, die eine gemäßigte Opposition verfolgte, lehnte den Vertrag ab. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Nikolaj Trawkin aber unterschrieb. Das führte zur Spaltung der Fraktion, die von einigen Abgeordneten verlassen wurde. Jelzins Lohn: Er berief Trawkin zum Minister — wenn auch ohne Geschäftsbereich. Kürzlich hat die Parteibasis Trawkin das Vertrauen entzogen, und dieser hat den Vorsitz niedergelegt. Die Partei protestiert heute gegen den

70 Prozent der Bevölkerung sind gegen den Krieg ...

Krieg in Tschetschenien. Die Führer aller Gewerkschaften haben unterzeichnet, darunter auch die Stillhalte-Bestimmung, daß bei Arbeitskämpfen keine politischen Forderungen erhoben werden dürfen. Die Regierung aber erfüllt den Vertrag nicht und baut die riesigen Lohnschulden nicht ab. Unter dem Druck des Protestes ihrer Mitglieder haben einige Gewerkschaftsführer ihre Unterschrift zurückgezogen. Nun gibt es Gewerkschaften, die zu dem sie knebelnden Vertrag stehen, und andere, die ihn ablehnen. Die Agrarpartei und ihre Duma-Fraktion verweigerten ihre Unterschrift. Aber Iwan Rybkin, der auf der Parteiliste in die Staatsduma gelangte und dort zum Sprecher der Duma gewählt worden war, unter-

schrrieb, ohne vom Parlament autorisiert zu sein. Inzwischen haben sich die Wege der Partei und Rybkins getrennt.

Seit Dezember ist Rußland mit dem barbarischen Krieg der russischen Führung gegen Tschetschenien konfrontiert. Nach Umfragen lehnen 70% der Russen das Gemetzel ab. Das entspricht einer Mehrheit der Bevölkerung, die die Verfassung nicht gebilligt hat. Wieder treibt Jelzins Politik einen Keil in die russische Gesellschaft, in die Parteien, politischen Organisationen und Bewegungen. Die einzige politische Partei von Bedeutung, die sich vorbehaltlos auf die Seite der Kriegs-Partei stellt, ist Shirinowskijs Liberal-Demokratische Partei Rußlands. Dem Jelzin-Regime ist es gelungen, die national-patriotische Opposition zu spalten. Ein Teil ist zur Kriegs-Partei übergelaufen, und so finden sich heute an Jelzins und Shirinowskijs Seite so schillernde Figuren wie Sergej Baburin, Eduard Limonow und Alexander Barkaschow mit ihren lautstarken Anhängern, die dem Chauvinismus huldigen.

Prinzipiell wendet sich die Kommunistische Partei der Russischen Föderation und die Agrarpartei gegen den Einsatz von Waffengewalt in den inneren Auseinandersetzungen. Schon am 1. Dezember warnte die KPRF als erste nach Präsident Jelzins Ultimatum an Tschetschenien vor einem Krieg. Seit dem Beginn des russischen Einmarsches und erst recht seit dem Sturm auf Grosny ist sie nicht müde geworden, ein Ende des Krieges oder zumindest sofortige Waffenruhe, eine Untersuchung zur Feststellung der für die Verbrechen gegen die Menschenrechte Verantwortlichen und eine politische Lösung des Konflikts zu fordern wie am 11. Januar in der Duma. Parteichef Genndij Sjagunow und andere Repräsentanten der Partei versäumen keine Gelegenheit, die Schuldigen am Waffengang in der Öffentlichkeit anzuprangern und ihr hohes politisches Ansehen zugunsten einer friedlichen Lösung einzusetzen. Die Partei hat weit über drei Millionen Unterschriften für ein Referendum über vorgezogene Präsidentenwahlen gesammelt, d.h. im Durchschnitt hat jedes Parteimitglied etwa fünf Bürger gewonnen, ihre Unterschriften neben die seine zu setzen. An den (nicht sehr zahlreichen und ihren Teilnehmerzahlen nach eher kleinen) Protestdemonstrationen der Linken war sie stets beteiligt. Aber neben der Mehrzahl der Kommunisten, die dem Internationalismus treu blieb, sind einige dem Hurra-Patriotismus erlegen, sprechen sich für das rigorose „Ordnungmachen“ aus und stimmten in der Duma gegen die sofortige Beendigung des Krieges. Einen von ihnen belohnte Jelzin auf seine typische Art, mit persönlichen Abhängigkeiten sein Regime zu stärken; er berief das parteilose Mitglied der kommunistischen Dumafraktion, Valentin Kowal-jow, zum Justizminister. Die KPRF di-

stanzierte sich unverzüglich von ihrem früheren Mitstreiter.

... aber keine großen Massenaktionen gegen den Krieg

Die Russische Kommunistische Arbeiterpartei vertritt den Standpunkt, daß erst, wenn die Regimes Jelzins und Dudajews beseitigt sind, eine den Interessen sowohl des russischen als auch des tschetschenischen Volkes entsprechende Lösung des Konflikts möglich sein wird. Aber sie, die über genügend Erfahrungen bei der Organisation von Demonstrationen und Kundgebungen verfügt, hat es nicht vermocht, ihre Ablehnung des Krieges sich in bedeuten-

fahren gegen den Präsidenten auf die Tagesordnung zu setzen, distanzierte sich die Fraktion „Rußlands Wahl“ von ihm. Außenminister Kosyrew und andere Anhänger der Kriegs-Partei haben sich von ihr getrennt.

Man muß davon ausgehen, daß es sich bei dem lautstarken Auftreten vieler „Reformer“ um Vorwahlkampf handelt. In der Oberschicht tobt ein Kampf zwischen verschiedenen Klüngeln um einflußreiche Posten, nicht zuletzt um den des Präsidenten, und alle gemeinsam verfolgen das Ziel, den Kommunisten das Wasser abzugraben und sich selbst angesichts der Volksstimmung gegen Krieg und autoritäres Regime als Verteidiger der Demokratie und des inneren Friedens auszugeben. Deshalb



den Massenmanifestationen niederschlagen zulassen.

Die Sozialistische Partei der Werktätigen, die Partei der Arbeit und mehrere Menschenrechtsorganisationen sind Gegner des Krieges und geben das auch in gemeinsamen Protesterklärungen mit der KPRF kund.

Die kleinen sozialdemokratischen Gruppen, die gerade begonnen hatten, sich zu vereinen, erleiden erneut eine Spaltung in zwei Parteien, von denen jede die rechtmäßige sein will. Zur Einleitung nennenswerter Aktionen sind sie nicht in der Lage.

Spaltung ist auch unter den sogenannten Demokraten eingezogen, die ohnehin auf verschiedene Organisationen verteilt sind. Die meisten ihrer Spitzenpolitiker sind von Präsident Jelzin abgerückt und führen eine lärmende Kampagne gegen den Präsidenten und gegen den Krieg. Ihre Hauptkraft ist das Wahlbündnis „Rußlands Wahl“, das sich unter Jegor Gajdars Führung in die Partei „Rußlands demokratische Wahl“ transformiert. Dazu gehören außerdem die „Bewegung für demokratische Reformen“, die „Bewegung demokratisches Rußland“, mit etwas Abstand die „Partei der Russischen Einheit und Eintracht“, und dazu stößt in letzter Zeit auch die liberal-demokratische Abgeordnetengruppe „12. Dezember“ und auch die Fraktion „Jablonko“. Mit starken Worten über Jelzins Verrat an der Demokratie und ähnlichem haben sie sogar einige tausend Menschen auf die Straße gebracht. Als aber einer von ihnen in der Duma am 23. Dezember den Antrag stellte, ein Amtsenthebungsver-

sind die Kommunisten gut beraten, wenn sie sich nicht vor deren Kämpfen spannen lassen, die keine wirkliche Alternative zum Kurs des gegenwärtigen Regimes zu bieten haben.

Dennoch bleiben Fragen. War es vermeidlich, daß die Fraktionen sich gegenseitig in der Duma blockieren? Hätten die Gesetzesvorschläge über stärkere Kontrollmöglichkeiten (Legislative, über das Verbot des Greifens der Streitkräfte innerhalb der Föderation und über die Veröffentlichung der beim Wehrdienst Getöteten, der Vermissten und Verwundeten, den Handlungsspielraum der Kriegs-Partei ernstlich einzuschränken genehmigt wären, nicht angenommen werden müssen — auch wenn sie von „Rußlands Wahl“ oder „Jabloko“ eingebracht worden? Die Duma hätte ein Zeichen gegeben, die Willkür der Staatsführung setzen können. So aber bietet sie ein Bild der Hilflosigkeit oder gar der Duldung des Krieges. Iwan Rybkin leitet die Fraktion entsprechend. Jelzin hat ihn dafür in der Berufung in den Sicherheitsrat belohnt, der in der Verfassung gar nicht vorgesehen ist, aber alle wichtigen Entscheidungen fällt und der deshalb schließlich als neues Politbüro bezeichnet wurde. Am 13. Januar hat sich die Fraktion schließlich zu einer Entschließung abgerafft, die den Präsidenten zur sofortigen Beendigung des Krieges auffordert, aber wie alle Duma-Entschlüsse für diesen nicht bindend ist und einfach beiseite gelegt wurde. In der Öffentlichkeit wird der Protest vor allem von

Fortsetzung nächste Seite 01

Von Ernst Labor

gej Kowaljow, dem Vorsitzenden der vom Präsidenten ernannten Menschenrechtskommission, der lange im beschossenen Grosny ausharrte, und von der Bewegung der Soldatenmütter mit ihren spektakulären Aktionen vor dem Verteidigungsministerium und in Grosny selbst repräsentiert.

Probleme auf der Linken mit dem Selbstbestimmungsrecht

Warum ist es der linken und zentristischen Opposition nicht gelungen, die Ablehnung des Krieges durch die Mehrheit der Bevölkerung in mächtigen Massenaktionen zum Ausdruck zu bringen? Die Frage hat u.a. eine organisatorische und eine politisch-rechtliche Seite. Nur die KPRF und die Agrarpartei verfügen über eine durchgehende organisatorische Struktur. Verbündete Bewegungen bestehen oft nur aus zentralen Komitees, mit denen sich ihre Führer oft nicht einmal beraten, ehe sie gemeinsame Erklärungen unterzeichnen wie den gegen den Eintracht-Vertrag gerichteten Aufruf „Eintracht im Namen Rußlands“ oder die Erklärung von Kalinin-grad. Der Aufruf der KPRF vom 12. Dezember zur Schaffung einer organisatorischen Struktur der Protestbewegung verhallte ungehört, und die angekündigten Massenaktionen blieben aus. Wichtiger als die organisatorische Schwäche ist das politisch-rechtliche Problem. Alle, auch die schärfsten Gegner des Völkermordes im Kaukasus, gehen davon aus, daß Tschetschenien ein untrennbarer Bestandteil des russischen Staates ist. Selbstbestimmungsrecht bis zum Recht auf Lostrennung vom gemeinsamen Staat ist kein Thema der russischen Politik. So erklärt es sich wohl auch, daß in den Aussagen des 3. Parteitages der KPRF am 21./22. Januar, der ein neues Programm anzunehmen hatte und auf dem das Tschetschenien-Problem nicht im Mittelpunkt stehen konnte, Verurteilung der Kriegsschuldigen, erneute Forderung nach Beendigung des Krieges und Absage an den Separatismus eine Einheit bildeten. In Rußland werden einzelne Stimmen, die zaghaft zum Nachdenken mahnen oder gar fragen, ob eine Föderation, die das Recht auf Lostrennung nicht anerkennt, nicht in Wirklichkeit ein Völkergefängnis sei, kaum gehört. Kriegs-Partei und Opposition gegen den Krieg sind sich in diesem Punkte einig. Das macht die Opposition aber anfällig für manches Argument des gegenwärtig herrschenden Regimes. Selbst der Gedanke aus den Reihen von „Rußlands Wahl“, Rußland und Tschetschenien könnten sich auf konföderaler Basis einigen, wird von der KPRF als Versuch abgelehnt, den Zerfall des russischen Staates einzuleiten. Sind diese Ansichten nicht eine der Grundlagen für die geringe Stärke des öffentlichen Protests?

Wie dem auch sei, vor der Opposition steht die Riesenaufgabe, ihre Kräfte endlich zu einen, um dem Krieg im Kaukasus Einhalt zu gebieten und seine Wurzeln im autoritären Regime des „wildem Kapitalismus“ auszureißen.

Prof. Dr. sc. Ernst Labor ist Mitglied der Arbeitsgruppe Frieden und internationale Politik beim Parteivorstand der PDS.

(Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.)

Vor Wochen noch nannte Kinkel den russischen Einmarsch in Tschetschenien eine innere Angelegenheit Rußlands, die sich aus dem Recht der Staaten auf Wahrung ihrer territorialen Integrität ergebe. Kinkel kann nicht geglaubt haben, daß die Maßnahme des russischen Staates etwas anderes sein könnte als der Auftakt zu einem langwierigen Interventionskrieg gegen die unglücklichen Bewohner Tschetschenien. Die Verschiebung in der Bewertung der Ereignisse drückt nicht so sehr neue Erkenntnisse über die Vorgänge in Tschetschenien aus als vielmehr neue Kräfteverhältnisse zwischen dem freien Westen und Rußland.

Mit dem Beitritt Weißrußlands zur Nato-Vororganisation „Partnerschaft für den Frieden“ Mitte Januar ist der letzte der westlichen Nachbarn des neuen russischen Staates in das militärpolitische Einflußfeld der Westmächte gerückt. Freilich war der Beitritt auch dem russischen Staat angeboten worden, aber Anfang Dezember erklärte der russische Außenminister Kossyrew, sein Land könne das „Individuelle Partnerschaftsprogramm“ (IPP) und ein zweites Papier über die Zusammenarbeit mit der Nato nicht unterschreiben. Grund dafür sei das Kommuniqué der Herbsttagung des Nordatlantikrates, weil es die Partnerschaft für den Frieden zum bloßen Begleitprogramm für die von Rußland abgelehnte Nato-Osterweiterung mache!

Unter diesen Umständen ist die jetzt abgeschlossene Sammlung der Westnachbarn Rußlands in der Partnerschaft ein Schritt in die Destabilisierung. Wie auch immer die Völker im Osten Europas ihre nachbarlichen Beziehungen oder ihre inneren Verhältnisse gestalten wollen: die Nato mischt künftig mit, ohne die Westmächte geht im Osten gar nichts mehr.

Auf der „Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik“, an der in diesem Jahr mehrere Außen- und Verteidigungsminister der Nato teilnahmen, wurde dann deutlich, wie man sich die weitere Entwicklung vorstellt.

Die „Partnerschaft für den Frieden“ wird neu definiert

Am Rande der Tagung äußerte sich Kinkel in einem Interview mit der *Süddeutschen Zeitung* in rüdem Ton. Die Nato sei seit ihrem Beginn immer auch eine transatlantische Klammer gewesen, die Europa, Amerika und Kanada zusammenbinde. Originalton: „Die Nato, das müssen die Russen sich sagen lassen, bleibt der Nukleus der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur, in die wir Rußland einbeziehen und nicht ausschließen wollen. Wir dürfen uns nicht auf das russische Konzept einlassen, daß die KSZE an die Stelle der Nato treten sollte.“

Der deutsche Außenminister sieht sich im Kern (Nukleus) einer Architektur, die Rußland auf eine zynische Weise einschließt. Kinkel fährt fort: „Im übrigen ist den sicherheitsmäßigen Bedürfnissen der mittel- und osteuropäischen Länder und der baltischen Staaten rela-

tiv stark Rechnung getragen worden. Das Ob des Beitritts ist geklärt. Es geht jetzt nur noch um das Wann und Wie. Und dieses Wann und Wie mit Rußland, jedenfalls nicht gegen Rußland, zu betreiben, liegt auch und gerade im Interesse der mittel- und osteuropäischen Länder. Wir haben ihnen die Partnerschaft für den Frieden angeboten. Alle haben sie zugestimmt. Dadurch sind sie ganz nah ans Hauptzimmer der Nato gerückt, so daß Teile ihrer Sicherheitsbedürfnisse bereits erfüllt sind... Ich bestreite, daß Moskau ein Vetorecht hat, es wird es nie haben und nie kriegen. Und ich sage nochmals, wir haben beschlossen, daß wir diese Länder aufnehmen. Rußland weiß das. Es sieht in der zeitlichen Komponente der Abläufe eine für sich schwierige Situation.“

Interviewäußerungen haben nicht die Bedeutung einer Regierungserklärung, aber beunruhigende Auskünfte über die Entwicklung des außenpolitischen Denkens geben sie gerade genug.

Erstens denkt sich Kinkel bereits eine Frontlinie quer durch Osteuropa. Hier „alle“, die der Partnerschaft für den Frieden zugestimmt haben — da Ruß-

die Nato künftig das Kommando bei Einsätzen im Uno-Auftrag führen müsse und nicht als „Untermieter“ auftreten dürfe... Nato-Generalsekretär Willy Claes verlangte als Reaktion auf die Verwirrung in der Kommandostruktur beim Bosnien-Einsatz von der Uno Mandate, bei denen die Autorität der Nato berücksichtigt werde.“

Die Forderung nach Rücksicht auf die Autorität der Nato zeigt, daß der Militärpakt sich gefesselt fühlt. Bis zu einem gewissen Grade ist das ja auch der Fall. Einer Eskalation des Konfliktes müssen entsprechende Beschlüsse wenigstens des Sicherheitsrates der Uno vorausgehen. Die Autoritätsverschiebung, die in München von den Nato-Größen eingefordert wurde, würde letztlich bedeuten, daß die zivile Organisation der Uno den Taten eines Militärpaktes ohne Einspruchs- oder Steuerungsmöglichkeit ausgeliefert wäre. Vollversammlung und Sicherheitsrat könnten im Nachhinein rasonieren — wenn man sie noch läßt.

Betrachtet man, wie es gelehrt wird, die Uno als Vorboten eines künftigen Weltstaates und die Nato als Vorform

von dessen Militärorganisation, läßt sich ermaßen, was es heißt, wenn die Bewaffneten nach Mandaten streben, die ihre Autorität berücksichtigen. Es heißt, daß das Militär diktiert.

Das neue Feindbild

Prinzipienfragen kommen selten ohne nahen praktischen Bezug in die politische Diskussion. Aktuell geht es der Nato darum, einen Weg zur unauffälligen, aber wirksamen Umgehung des Vetorechtes auszubaldowern, das der russische Staat im Sicherheitsrat der

Uno als dessen ständiges Mitglied hat. Es geht um freie Hand im ehemaligen Jugoslawien, und es geht darum auszuloten, wie weit die Garantien reichen können, die im Rahmen der Partnerschaft für den Frieden irgendwelchen Cliquen in den Ländern und Staaten des östlichen Europas schon gegeben sind. Was ist der Hauptinhalt des Nato-Vertrages? Die Bestandsgarantie der Mitgliedstaaten. Der Staaten, wohlge-merkt. Die Nato war immer schon auch eine wechselseitige Versicherung der verbündeten Staaten gegen den inneren Feind, das Volk. Die Tatsache, daß die Westmächte auf den Militärpakt als internationale Verkehrsform setzen und zivilisiertere Formen des internationalen Zusammenlebens, wie die Uno und auch die KSZE das sind, in den Hintergrund drängen wollen, kündigt an, daß die Herrschenden an die Vereinbarkeit von Demokratie und schrankenloser Eigentümerfreiheit nicht mehr so recht glauben. Vor dem Hintergrund der diplomatischen Intrigen zeichnet sich vor-derhand noch nebulös, aber immer deutlicher der neue Kampfauftrag der Nato ab: der innere Feind der auswärtigen Nachbarn. — (maf)

Quellen:

- (1) Europaarchiv 12/94, S. 135
- (2) Süddeutsche Zeitung, 4./5. Februar, S. 10
- (3) Süddeutsche Zeitung, 6. Februar, S. 1
- (4) ebd.

Die Nato will freie Hand

Zur Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik



land, das nicht mitzureden hat und das auch schon „weiß“.

Zweitens wird die Partnerschaft für alle Teilnehmer als Vor- und Wartezimmer der Nato geschildert. Sie werden als Klienten und Bittsteller der Westmächte gedacht.

Drittens deutet Kinkel an, daß die Nato diesen Partnern auch schon Garantien gibt. Der europäische Osten erscheint sicherheitspolitisch als eine Art Mandatsgebiet der Nato.

Auf der Münchener Tagung sagte der US-Verteidigungsminister William Perry: „Rußland wird nicht isoliert werden.“ Was soll das unter solchen Umständen heißen? Nato-Generalsekretär Willy Claes verdeutlicht: „Rußland kann sich nur selbst isolieren. Es ist zu groß, um von Europa isoliert zu werden.“

Autorität für die NATO

Die Militarisierung der internationalen Politik, die sich an der Neuordnung Osteuropas beobachten läßt, wirkt wie jede Praxis auf die internationalen Institutionen zurück. Die großen Nato-Mächte verlangen eine Verschiebung in den Beziehungen zwischen der Nato und der Uno. Bislang sieht das Uno-Statut für Einsätze unter dem Mandat der Uno auch die Oberleitung der Uno vor. Nun sollen sich die Repräsentanten der Westmächte einig geworden sein, „daß

Konservativer Volksstaat in Polen oder liberaler Bürgerstaat?

Wulf Schade zur Verfassungs-
diskussion in Polen

In Polen wird zur Zeit über eine neue Verfassung diskutiert, die der neuen Gesellschaftsform entsprechen soll. Die Kernfrage der inhaltlichen Auseinandersetzung könnte man zugespitzt so formulieren: Stellt der Staat in das Zentrum seiner Aufgaben die Förderung und den sozialen Schutz des sich selbst bestimmenden Individuums oder die Schutz- und Förderungswürdigkeit des — letztlich nur bedingt mündigen — Volkes. Eine das unabhängige Individuum in den Mittelpunkt stellende Verfassung wird weniger autoritär sein, dagegen eine das Kollektiv 'Volk' schützende Verfassung notwendig dem Individuum gegenüber autoritärer sein, denn sie fordert im Zweifelsfalle die Unterordnung des Individuums unter das Kollektiv.

Interessant dabei ist, wer spricht sich warum für eine autoritäre oder weniger autoritäre parlamentarische Staatsform aus und wie soll sie ausgestaltet werden. Zunächst ist eine deutliche Trennung relativ leicht zu ziehen:

- Für den liberalen bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat einschließlich eines sozialen Schutzes des mündigen Individuums als Ausgangspunkt stehen die gemeinhin als links bezeichneten Bündnisse bzw. Parteien wie Bündnis der Demokratischen Linken (SLD) und Union der Arbeit (UP), aber auch der sozialliberale Flügel der eher in der politischen Mitte platzierten Union der Freiheit (UW) und große Teile der Polnischen Bauernpartei PSL, die heute die Regierung mit dem SLD stellt.
- Für den das Volk und damit verbunden das Vaterland schützenden autoritären ausgerichteten bürgerlich-demokratischen Rechtsstaat als Ausgangspunkt treten die — in der Mehrheit nicht im Sejm vertretenen — rechten und mitte-rechten Parteien und Organisationen ein, u. a. die Gewerkschaft Solidarność.
- Für den liberalen Rechtsstaat mit deutlicher Betonung auf die Freiheit des Unternehmens und nur geringen sozialen Schutzrechten treten die an den europäischen konservativen Parteien orientierten Gruppierungen, dazu zählt auch der konservative Teil der UW, ein; diese Strömung legt auf traditionelle Werte wie Familie, Nation insoweit Wert, wie sie zur Erziehung des Volkes dienen, aber nicht die Wirtschaftsfreiheit einschränken.

Bei der Diskussion um die Verfassung schlägt sich diese Gegenüberstellung in der Form nieder, daß die Ausformulierung sozialer Schutzrechte und moralischer Gebote für das Verhalten des einzelnen Menschen und seine Lebensformen weitgehend abgelehnt oder festgeschrieben werden.

Hier wiederum spielt die katholische Kirche eine wichtige Rolle. Der Episkopat lehnt die Formulierung ab, Polen als weltlichen Staat, in dem Kirche und Staat getrennt sind, zu bezeichnen, denn diese Formulierung sei aus der Geschichte belastet. Deshalb fordert er, das Verhältnis von Kirche und Staat „als unabhängige und autonome Gemeinschaften“ zu bezeichnen. Das „Postulat, zum öffentlichen und staatlichen Leben auf keinen Fall die Dimension der Heiligkeit zuzulassen, ist ein Postulat zur Atheisierung des Staates und des öffentlichen Lebens und hat nicht viel mit der weltanschaulichen Neutralität



gemeinsam“, heißt es im Hirtenbrief des polnischen Episkopats zur Verfassungsdiskussion vom 22. Oktober 1994. Weiter fordert die katholische Kirche die Berücksichtigung bestimmter christlicher Werte in der Verfassung sowie, „alles konsequent zu verbieten, was die Bande von Mensch zu Gott behindert oder zerstört ... Unter diesem Aspekt soll man nicht nur das Tötungsverbot des ungeborenen Menschen sehen, das sich in der neuen Verfassung finden muß, sondern auch das Verbot alles dessen, was auf die Zerstörung der Familien- und Gesellschaftsbande abzielt.“ (Bischof Tadeusz Pieronek, Generalsekretär des polnischen Episkopats, zit.: *Gość Niedzielny*, Nr. 33 v. 14.8.1994, S. 22). Was solche Festlegungen bedeuten, zeigte sich bei der Diskussion um die Abtreibung in Polen. Als Ende 1992 eine durch mehrere hunderttausend Unterschriften gestützte Forderung nach einer Volksabstimmung vorgeschlagen wurde, sprach sich die katholische Kirche erfolgreich dagegen aus, denn über moralische Positionen könne man nicht abstimmen. Entsprechend dem Hirtenbrief ist das auch logisch, denn „der Mensch selbst (ist) nicht die letzte Instanz, die die Grundlage sämtlicher Werte und Rechte bestimmt. In bezug auf die entscheidenden Menschenrechte hat das Recht Gottes übergeordneten Charakter ... Deshalb ist auch in unserer Verfassung die Berufung auf Gott als Schöpfer jeglicher Ordnung angebracht“ (ebenda). Ohne es auszusprechen, würde so in Polen die katholische Kirche die höchste moralische, damit letztlich auch gesetzgebende Instanz, denn, wenn nicht sie als die Vertreterin des Christentums, wer sonst bestimmt, was das göttliche Recht beinhaltet. Damit legt sie die Grenzen für die Gesetzgebung fest.

Mit dem Hirtenbrief stützt die katholische Kirche eindeutig die Positionen der politischen Rechten, die hier ihre Gemeinsamkeit haben, während sie bei anderen Punkten eher große Differenzen haben. Nur sie ist bereit, die Forderungen der Kirche nach Festschreibung des Beachtungsgebots christlicher Werte wie des Verbotes von Abtreibung, der Festschreibung der Familie als die Grundform des gesellschaftlichen Lebens und der Berufung auf die christliche Tradition zu erfüllen. So ist es auch kein Wunder, daß einige Bischöfe wie auch der Primas von Polen Józef Glemp den von Solidarität und Sekretariat, einem Zusammenschluß rechtspopulistischer Organisationen, erarbeiteten Verfassungsentwurf unterstützen. In einem an seine Priester gerichteten Kommuniqué ruft der Bischof von Kielce, Kazimierz Ryczan, auf, diesen Verfassungsentwurf zu unterstützen, denn er „knüpft an die tausendjährige Tradition des Volkes an und respektiert die christlichen Werte“ (zitiert nach: *Tygodnik Powszechny*, Nr. 30 v. 24.7.1994, S. 2). Gleichzeitig bringt der Episkopat damit die UW in große Schwierigkeiten, die, den bürgerlichen Demokratien Westeuropas folgend, die Entscheidungsfreiheit des einzelnen in den Mittelpunkt stellt, in der aber gleichzeitig eine große Gruppe sich der katholischen Kirche sehr verbunden fühlt.

Die politische Linke versuchte, diesem Druck der Kirche, das Individuum durch Festschreibung moralischer und ideologischer Positionen in ein bestimmtes Korsett zu zwingen, hauptsächlich dadurch zu begegnen, daß sie vor der konkreten Ausformulierung des Verfassungsentwurfs durch die parlamentarische Verfassungskommission ein die wesentlichen Streitfragen vor-entscheidendes Eingangsreferendum

durchsetzen wollte. So sollte in diesem Referendum die Frage nach den Rechten des Präsidenten geklärt werden und, ob der Staat auf der Grundlage der weltanschaulichen und religiösen Toleranz aufgebaut werden solle. Ebenso sollten die Fragen nach dem Umfang sozialer Rechte gestellt werden. Dieser Vorschlag kam von der linkssozialdemokratischen Union der Arbeit (UP) und wurde bei den Koalitionsverhandlungen in den Koalitionsvertrag der jetzigen SLD-PSL-Regierung (gemeinhin als Mitte-Links-Regierung bezeichnet) aufgenommen. Mit dieser Absicht verband sich die Anerkennung des einzelnen Individuums, vollständig über seine Angelegenheiten entscheiden zu können, und die Ablehnung, daß der Staat den in einigen Fragen unmündigen Bürger erzieherisch bevormunden muß.

Konkret verfolgte aber nur die UP den Vorschlag eines Eingangsreferendums ernsthaft und legte einen Text für solch ein Referendum vor, während der SLD die Diskussion über die Ausschreibung eines Referendums solange führte, bis es zeitlich nicht mehr zu organisieren war. Die Schwierigkeit bei der Ausformulierung der Fragen für dieses Referendum war ein Grund, ein anderer liegt wohl darin, daß die Leitung der wichtigsten Kraft im SLD bildenden Sozialdemokratie der Republik Polens (SdRP, Nachfolgeorganisation der PVAP) um Kwaśniewski eher bestrebt ist, es zu keiner Konfrontation mit der katholischen Kirche und dem Präsidenten kommen zu lassen, und daß „die in der Zukunft beschlossene Konstitution: Ausdruck eines ‚bürgerlichen Kompromisses‘ sein muß“, wie die Taktik Kwaśniewskis zustimmend kommentiert wird (*Polityka* Nr. 18 / 1994, S. 13).

Chancen für eine liberale Verfassung

Es gibt aber eigentlich gute Möglichkeiten für eine offene, die demokratischen Rechte des einzelnen in den Vordergrund rückende Verfassung, in der Kirche und Staat getrennt sind und die einen autoritären Rechtsstaat in Grenzen hält. Für autoritäre Demokratien, wie sie die Entwürfe von Präsident, Senat, Konföderation für die Polnische Unabhängigkeit KPN und Solidarität vorsehen, gibt es heute keine Mehrheiten in der Bevölkerung Polens, ebenso wenig für eine privilegierte Stellung der römisch-katholischen Kirche. Dannutzten sich diejenigen, die diese Konzeptionen vertreten, bereits deutlich ab:

- So ist das Ansehen Präsident Waléas seit Monaten auf einem Tiefstand angekommen: Im Dezember 1994 stimmen laut Umfragen nur noch 21% der Bevölkerung mit seiner Politik überein, 76% sind mit ihm nicht einverstanden (*Wprost*, Nr. 2 v. 8.1.1995, S. 19).
- Die Mitte-Rechts- und rechtspopulistischen Parteien mit ihren Leitfiguren kommen über ihren zugegebenenmaßen hohen Sockel nicht hinaus. So erhielten Solidarität, Block der Parteilosen zur Verteidigung der Reform (BBWR), KPN, Zentrumsunion (PC), National-christliche Vereinigung (ZChN), Union für Realpolitik (UPR) bei der Sejmwahl am 19. Juni 1993 noch fast 37% der abgegebenen

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 6:

- Stimmen — im Januar 1995 stehen sie laut Umfragen bei ungefähr 26 % (Wprost, Nr. 2 v. 8. 1. 1995, S. 20);
- Es ist keine inhaltliche Einigung oder die Bildung von zwei, drei stabilen Blöcken innerhalb des Mitte-Rechts und rechten Spektrums in Sicht: Einig ist man sich nur darin, mit Hilfe des Referendums über die Verfassung der Regierung eine Niederlage zu bereiten.
 - Die katholische Kirche hat nach Meinung der Bevölkerung jetzt bereits zuviel Einfluß in der Politik: 70 % der Bevölkerung meinen laut Umfrage im April/Mai 1994, daß der Einfluß der katholischen Kirche im gesellschaftlich-politischen Leben auf die religiösen Praktiken reduziert werden muß, nur 4 % der Befragten meinen, daß er bedeutend sein muß (Wprost, Nr. 21 v. 22. 5. 1994, S. 5); im Mai 1994 schätzten nur ein Drittel der Befragten die öffentliche Tätigkeit der Kirche positiv (Januar 1991: über 70 %), über die Hälfte ihre Tätigkeit negativ ein (Zycie Warszawy v. 21. 6. 1994); 70 % sprechen sich laut Umfrage für die Vorschritt in der Verfassung aus, daß Polen ein weltanschaulich neutraler Staat sei (Wprost 51 v. 18. 12. 1994, S. 5).
 - 75 % meinen, Regierung und Premier sollen vom Sejm berufen werden — vom Präsidenten: 9 % (Rzeczpospolita v. 17. 11. 1994).
- Es stellt sich die Frage, ob bei den Regierungsparteien der politische Mut besteht, tatsächlich auf die Meinung der Bevölkerung zu vertrauen und eine Verfassung zugunsten einer offenen Gesellschaft zu formulieren. Für die durchaus reale Möglichkeit, damit eine Volksabstimmung zu gewinnen, sprechen einige Erfahrungen der letzten Jahre:
- Es gab eine verhältnismäßig hohe Wahlbeteiligung bei den Wahlen am 4. Juni 1989, als es tatsächliche Wahlalternativen gab, die mit neuen gesellschaftlichen Perspektiven für den einzelnen Menschen verbunden wurden: die große Gewinnerin, die Solidarität-Bewegung, führte wesentlich den Wahlkampf mit der Lösung, die Bevölkerung wieder zum Subjekt zu machen — Anfang 1994 meinten laut Umfragen 74 % der Bevölkerung, daß die Vorschriften einer Verfassung für den gewöhnlichen Bürger von Bedeutung sind

(Janina Zakrzewska, Polityka Nr. 10 v. 5. 3. 1994)

- Die Solidarität-Regierung Mazowieckis 1989 fand in der Bevölkerung eine große Unterstützung — 84 % der Bevölkerung stimmten laut Umfragen der Übertragung der Regierung an ihn zu.
- Die Wahlverweigerung bei den Sejm-wahlen 1991, nur gut 43 % nahmen teil, zeigte ein verständliches Mißtrauen dem SLD gegenüber wegen seiner Herkunft als Nachfolgeorganisation der ehemaligen herrschenden Partei, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP), bei gleichzeitiger Ablehnung des liberalen prokapitalistischen und des prokirchlichen Kurses der anderen Parteien.
- Bei den Wahlen im September 1993 werden die rechtspopulistischen Parteien abgelehnt, die ja in allen Schattierungen kandidierend über ein gutes Drittel der Stimmen nicht hinauskommen — deutliche Mehrheit für die programmatisch für eine offene Gesellschaft eintretenden Parteien.
- Die Meinungsumfragen zeigen den Wunsch für eine offene, nicht von Autoritäten und Kirche bestimmten Gesellschaft (s. o.).
- Die Sympathiewerte der Politikerinnen und Politiker zeigen ein hohes Ansehen, das über Jahre Jacek Kuron genießt: Obwohl für Arbeit und Soziales zuständiger Minister in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit, der soziale Abstieg von Millionen begann, steht er wegen seiner Offenheit und Ehrlichkeit in der Rangliste der angesehensten Politikerinnen und Politiker seit ungefähr zwei Jahren an erster Stelle (Januar 1995 mit 12 Prozentpunkten vor dem nächsten, Wprost Nr. 2 v. 8. 1. 1995, S. 18)

Das alles zu berücksichtigen, würde bedeuten, daß die Regierungskoalition ihre für die Verabschiedung der Verfassung notwendige Zweidrittelmehrheit in der Nationalversammlung nutzt, die in diesem Fall mit großer Wahrscheinlichkeit noch von der UP verstärkt würde. Zwar würden sie sich damit gegen die anderen Parteien stellen, aber eine offensive Auseinandersetzung zum Abschlußreferendum über die Verfassung hat große Chancen auf Erfolg. Unterstützung fände sie wahrscheinlich auch bei großen Teilen der UW, vor allem bei



Polnische Karikatur zum Anschluß der DDR an die BRD, 1991

denen, die der sozialliberal orientierten Strömung angehören. Wenn dazu noch SLD und UP eine mögliche Unterstützung Jacek Kurons oder eines überparteilichen Kandidaten wie beispielsweise von Prof. Tadeusz Zieliński, dem in der Bevölkerung mit hohem Ansehen versehenen Sprecher für die Bürgerrechte, bei der nachfolgenden Präsidentschaftswahl im Herbst 1995 signalisieren würden, wäre ein Erfolg fast gar nicht mehr zu verhindern.

Dieses Vorgehen erfordert aber eine ganz wesentliche Komponente, die auch beim SLD nicht vorhanden zu sein scheint: wesentlichen Teilen der Bevölkerung eigene bewußt durchdachte Urteilskraft zuzutrauen. Statt dieses Vertrauens setzen alle Parteien, vielleicht mit Ausnahme der UP, auf ihren eigenen politischen Verstand, ihre politische Weitsicht, ihre größere Weisheit. Man betrachtet den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin letztlich nicht als Subjekt, sondern als Objekt, für das

gehandelt und entschieden werden muß. Deshalb die Tendenzen auch derjenigen, die eigentlich eine das Individuum in den Mittelpunkt stellende Verfassung wollen, trotz eigener ausreichender Mehrheit mit den augenblicklichen konservativen und rechten Machtzentren zu verhandeln, auch über die offensichtlichen Interessen der Bürgerinnen und Bürger hinweg. Die hierin liegende Gefahr scheint sie aber vollständig zu übersehen: daß sie ihre eigenen Ideen deutlich, teilweise bis zur Unkenntlichkeit verwässern und so den rechten und konservativen Parteien in und außerhalb des Parlaments den Boden für einen Sieg beim Referendum bereiten. Denn warum sollen die Bürgerinnen und Bürger für eine Verfassung stimmen, die weitgehend ihren Wünschen entgegensteht?

Wulf Schade, Bochum, ist Mitglied der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

Präsident übergibt Radio Panamericana

Einschränkung der Pressefreiheit in Uruguay

von: Comcosur, 26. 1. 1995

Radio Panamericana, CX 44, wird an Nelson Marroco, einen persönlichen Freund des uruguayischen Präsidenten, übergeben. Nach Informationen der Zeitung *La Republica* unterzeichnete Präsident Lacalle bereits am Dienstag ein Dokument, in dem die Sendefrequenz MW 1410 kHz an den Journalisten und Regierungsfunktionär Nelson Marroco übergeben wird.

Radio Panamericana war am 26. August, zwei Tage nach dem Massaker von Jacinto Vera, per Regierungsdekret geschlossen worden. Der Sender, der sechs Jahre lang von der MLN Tupamaros geleitet wurde, hatte zuletzt über die Protestaktionen gegen die Ausweisung der drei Basken und über das Massaker vor der Klinik „El Filtro“ berichtet, bei dem ein Demonstrant von der Polizei erschossen wurde und mehrere Menschen — zum Teil schwer — verletzt wurden. Offiziell war der Sender geschlossen worden, weil beim Vertragsabschluß über die Nutzung der Sendefrequenz (im

Jahre 1988!) angeblich einige Unterschriften der alten Nutzer gefehlt hatten. Die Schließung des oppositionellen Senders, drei Monate vor den Wahlen in Uruguay, hatte auch international erhebliche Proteste ausgelöst. Mehrere juristische Einsprüche und Verfahren wurden in Gang gesetzt und sind bis zum heutigen Tage noch nicht vollständig abgeschlossen.

Die uruguayische Regierung hat sich offensichtlich trotzdem entschlossen, jetzt Fakten zu schaffen. Präsident Lacalle hat den Fall „Radio Panamericana“ in den letzten Wochen seiner Amtszeit nun auf seine Art und Weise abgeschlossen und seinen Partei- und persönlichen Freund Nelson Marroco als neuen Nutzer der Frequenz eingesetzt. Er war der einzige Bewerber und hatte die 20000 US-\$ aufgebracht, die in Uruguay alleine für die Bewerbung auf eine Radiofrequenz notwendig sind. Nelson Marroco war pikanterweise früher selbst Mitarbeiter von Radio Paname-

rica, auch noch zu Zeiten, als die MLN Tupamaros den Sender leiteten. Anfang 1989 wechselte er als Staatsfunktionär in die Presseabteilung von Präsident Lacalle.

Von mehreren Politikern und vom Anwalt von Tupac Amaru S.R.L., den ehemaligen Nutzern, wurde dieser — vorläufig — letzte Akt zur Schließung von Radio Panamericana und zum Thema Pressefreiheit in Uruguay heftig kritisiert.

Senator Michelini von Nuevo Espacio bezeichnete die Entscheidung von Präsident Lacalle als „unglaublichen Akt“. Andere Politiker bezeichneten die Medienpolitik in Uruguay als „Niemandesland“ und die jüngste Entscheidung der Regierung als „schlimmen politischen Fehler“. „Es wird eine der letzten Schweinereien sein, die diese Regierung Lacalle macht“, kommentierte E.F. Huidobro von der MLN Tupamaros die Nachricht des Tages, und der Anwalt des Senders, Senator Sarthou, sieht

einen klaren Rechtsbruch, da die Regierung Fakten schafft, ohne die Entscheidung der letzten juristischen Instanz abzuwarten.

Die Meldung zu Radio Panamericana platzte einigermaßen überraschend ins uruguayische Sommerloch. Bis gestern waren eigentlich alle Beteiligten davon ausgegangen, daß das Thema CX 44 zur Verhandlungsmasse des Encuentro Progresista mit dem neuen Präsidenten Sanguinetti gehört. Viele vermuten jetzt, daß Sanguinetti wahrscheinlich seinen Amtsvorgänger Lacalle gedrängt hat, das Thema vom Tisch zu schaffen, bevor er am 1. März die Amtsgeschäfte übernimmt.

Zur Stunde treffen sich die ehemaligen MitarbeiterInnen von CX 44, um die Situation zu analysieren. Auch die MLN Tupamaros werden sich heute zusammensetzen und beraten, was sie weiter unternehmen werden.

Comcosur/Jum, 26. 1. 1995, 15 Uhr (CL)

Blohm + Voss größter BRD-Kriegsschiffbauer

Der Informationskreis Rüstungsgeschäfte informiert über die Bilanzpressekonferenz

D Am Mittwoch, dem 25.1.1995, fand bei der Blohm + Voss AG die jahresübliche Bilanzpressekonferenz für das Geschäftsjahr 1993/94 statt. Der Vorstand wird den anwesenden Journalisten die Bilanz und den Geschäftsverlauf aus seiner Sicht darstellen. Wir, der Informationskreis Rüstungsgeschäfte, möchten der Öffentlichkeit über Vorgänge und Hintergründe berichten, die der Vorstand des Unternehmens in der Regel nicht in seine Ausführungen aufnimmt:

- * Blohm + Voss größter maritimer Waffenhändler Deutschlands,
- * Vorstand will weiter und verstärkt von der Aufrüstung Süd-Ost-Asiens profitieren,
- * Konversion findet nur marginal statt.

Nach fünf Jahren überdurchschnittlich hoher Gewinne aus dem Waffenhandel muß Blohm + Voss für das Geschäftsjahr 1993/94 nun einen kräftigen Verlust von 18,5 Mio. DM ausweisen.

Die Auslöser für dieses negative Ergebnis sind zum einen das ungewöhnliche, aber vorhersehbare schlechte Abschneiden des Schiffsreparaturgeschäftes und die in diesem Abrechnungszeitraum unzureichende Zuweisung von Gewinnen aus dem Rüstungsgeschäft.

Zum anderen wird der zivile Schiffbau nach wie vor vernachlässigt und spielt weder als Umsatz- noch Ergebnisbringer eine Rolle. Blohm + Voss ist seit zwei Jahrzehnten eine fast lupenreine Kriegsschiffwerft und bringt die Umstellung in zivile Geschäftsfelder nur schwerfällig auf den Weg. Auch der Bereich Maschinenbau konnte nicht wesentlich zu einem positiven Ergebnis beitragen.

Der Umsatz der AG von 1227 Mio. DM setzt sich nach unseren Kenntnissen wie folgt zusammen (in Mio. DM):

Handelsschiffbau	15
Kriegsschiffe	693
davon Export	500
Schiffsreparatur	235
Maschinenbau	284

Genaue Zahlen zu Umsatz und Gewinn im Kriegsschiffbau sind dem Geschäftsbericht nicht zu entnehmen,

denn er verschweigt absichtsvoll eine differenziertere Darstellung, um vor einer interessierten Öffentlichkeit die Verstrickung von Blohm + Voss in den internationalen Waffenhandel zu verschweigen. Die Ertragssituation läßt sich in etwa mit folgenden Zahlen abschätzen (in Mio. DM):

Handelsschiffbau	—5
Kriegsschiffe	+66,5
davon Export	+50
Schiffsreparatur	—50
Maschinenbau	+7
Bilanzverlust	—18,5

Im Geschäftsjahr 93/94 hatte Blohm + Voss 16 Kriegsschiffe in Auftrag mit einem Gesamtvolumen von ca. 2000 Mio. DM. Der Rest zu dem ausgewiesenen Gesamtauftragsbestand von 2740 Mio. DM wird vom Maschinenbau und der Schiffsreparatur getragen. Diese beiden letzten Geschäftsbereiche werden immer wieder in der Öffentlichkeit in den Vordergrund gestellt und als Alibi für den Rüstungsexport genutzt.

Hauptabnehmer für die Fregatten sind zur Zeit die beiden verfeindeten Länder Griechenland und das Regime in der Türkei. Es ist offizielle Losung des Unternehmens, jede Gelegenheit zum Verkauf von Kriegsschiffen mit hoher akquisitorischer Energie wahrzunehmen. Die Verkaufsabteilung besonders für den Raum Süd-Ost-Asien wurde verstärkt, um die dort lauenden Chancen nicht zu verpassen.

Der im pazifischen Becken von Australien bis Taiwan zu beobachtende Rüstungswettlauf ist zu einem beträchtlichen Teil auf den Verkauf von Bauunterlagen für 10 Schiffe an die australische und neuseeländische Marine zurückzuführen. Australien ist zwischenzeitlich in der Lage, selbst Zerstörer und Fregatten herzustellen, und bemüht sich bereits seinerseits um den Export von Kriegsschiffen auf der Basis des von Blohm + Voss gelieferten Know-hows. Auch an das türkische Militär und an Griechenland werden Technologie und Baupläne für Fregatten geliefert. Diese beiden Länder werden in absehbarer Zeit in der Lage sein, nicht nur sich selbst zu versorgen, sondern den Weltmarkt mit High-tech-Kriegs-

schiffen zu überschwemmen.

Triebkraft der nicht nachlassenden Verkaufsbemühungen im Rüstungsgeschäft ist der hohe Gewinn, der sich bekanntermaßen in diesem Milieu erzielen läßt. Dies wird vom Vorstand des Unternehmens nicht verschwiegen. Moralische oder politische Bedenken werden unter der Dividenden-Habsucht begraben. Anlässlich der am gestrigen Mittwoch stattgefundenen Bilanzpressekonferenz ... informieren wir Sie über eine Rede, die ein Angestellter von Blohm + Voss auf der Betriebsversammlung ... am 15.12.94 gehalten hat.

„(Die Situationsbeschreibung) zeigt wieder einmal, wie weit Blohm + Voss noch von einer nachhaltigen wirtschaftlichen und moralischen Gesundung entfernt ist. Der Bericht des Vorstandes verheißt sogar das Gegenteil: Seit Jahren nehmen die Mitarbeiterzahlen ab, die Fertigungsstunden gehen zurück. Nur der abgeflossene Gewinn blieb konstant auf hohem Niveau von ca. 40 Mio. DM jährlich — und der Geist, sich als Waffenlieferant der Welt zu zeigen.“

Aus dem 2. Golfkriegsskandal nicht gelernt

Nach der Aufdeckung der Waffenlieferungen und Waffenschleppungen an das irakische diktatorische Regime des Saddam Hussein wollte die deutsche Industrie mit dieser kriminellen Komplizenschaft nichts zu tun haben. Bis, ja bis der Nachweis erbracht werden mußte über die Verstrickung der Industrie in die Waffengeschäfte des Saddam Hussein. Die Türkei ... ist heute in dieser Beziehung ein Nachfolge-Ereignis zu den Waffenskandalen um den Irak. Die Türkei wird von Kriegsprofiteuren ausgerüstet, ungeachtet des politischen, sozialen und kriegerischen Umfeldes. Und die Unternehmensführung dieser Firma beteiligt sich daran mit Hingabe und aller zur Verfügung stehenden Energie.

Eines muß jedoch klargestellt werden: Diese Belegschaft ist nicht verantwortlich für diese skandalöse Geschäftemacherei!

Die Verantwortlichen sitzen in den Führungsetagen dieses Unternehmens, und zwar nicht nur in der ersten, sondern auch in der zweiten und dritten Führungsebene. Hier vor allem wird kein Widerspruch und keine Kritik an dieser Kriegsschiffpolitik laut. (...)

Die leitenden Angestellten eines Unternehmens tragen ganz besondere Verantwortung. Das begründet sich in ihrer starken Einbindung in wichtige Entscheidungen des Unternehmens und v.a. in ihrem bevorzugten Zugang zu Informationen.

Meine Damen und Herren, zeigen Sie Rückgrat und Zivilcourage und lehnen Sie die Beteiligung an dem humanitären und moralischen Versagen dieses Unternehmens ab. Ihre Pflichten gehen weiter, als nur Erfüllungsgehilfe zu sein. Aufrüstung der Türkei widerspricht den Interessen der türkischen Bevölkerung. Wer heute Waffenlieferungen an die Türkei widerspruchslos akzeptiert, macht sich mitschuldig. Denn diese Kriegsgeräteeinführungen sind volkswirtschaftlich Raub- und Ausbeutungsaufträge. Sie schaden den Menschen, der Sache des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit. Sie dienen dem egoistischen Kalkül und verachten die fundamentalen Interessen und die Bedürfnisse der Bevölkerung.

Alternativen zur Rüstung sind gefragt

Eine Unternehmensführung, die der Belegschaft keine Alternativen zu solchen Aufträgen anbieten kann, muß sich verhalten lassen, in Sachen Produktpolitik die falschen Weichen gestellt zu haben. Wer darüber hinaus den Zwang der Belegschaft zu Erwerbsarbeit ausnützt, um solche Aufträge zu rechtfertigen, ist nahe am Tatbestand der Nötigung.

Die Alternative für Blohm + Voss lautet nicht: „Waffen oder Arbeitsplatzverlust“, sondern „Konsequente Hinwendung zu zivilen Produkten, die für die Belegschaft langfristig sichere und sinnvolle Arbeitsplätze bietet.“ (...)

Quelle: (CL-Netz Hamburg, aus: Lokalberichte Hamburg, stark gekürzt)



Bis zu eine Million „neue Arbeitsplätze“, so die Regierungskoalition, ließen sich durch die für 1996 geplante Absetzbarkeit der Kosten für Dienstboten, private Köche usw. von der Lohn- bzw. Einkommenssteuer „schaffen“. Der Karikaturist der „Jungen Welt“ hielt diese glückliche Zukunft in obiger Zeichnung fest. — (rül)

Kritische Aktionärinnen und Aktionäre gegen Atomgeschäfte

München. Gegen die Atomgeschäfte des Siemens-Konzerns werden zahlreiche Gruppen und Organisationen in der Aktionärs-Hauptversammlung am 23. Februar in der Münchener Olympiahalle protestieren. Wie schon in den Vorjahren werden sie die Rede- und Antragsrechte der Kleinaktionäre nutzen, um Vorstand und Aufsichtsrat öffentlich und medienwirksam für ihr Festhalten an der Todestechnologie zur Verantwortung zu ziehen. Gleichzeitig soll erneut auf den Siemens-Boykott aufmerksam gemacht werden. Im Rahmen dieser Kampagne rufen 120 Organisationen die VerbraucherInnen auf, alle Siemens-Produkte zu meiden, bis der Konzern seine Atombetriebe endgültig geschlossen hat. Die Initiatoren bitten alle AtomkraftgegnerInnen im In- und Ausland, die Proteste in der Hauptversammlung zu unterstützen. Auch wer selbst keine Aktien besitzt, kann als VertreterIn von AktionärInnen an der Versammlung teilnehmen. Umgekehrt können Siemens-AktionärInnen, die nicht selbst aktiv werden möchten, Ihre Stimmkarten problemlos an die Atom-

KritikerInnen übertragen. Koordination der Aktionen, Eintrittskarten zur Hauptversammlung und weitere Informationen über:

Henry Mathews, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
Schlackstraße 16, D-50737 Köln
Tel.: 0221/599 56 47, Fax: 0221/599 10 24

Hessische Jungsozialisten gegen PKK-Verbot

Frankfurt. Die Jusos, Bezirk Hessen-Süd, fordern von der Bundesregierung sofortige Konsequenzen nach der Verurteilung kurdischer Parlamentsabgeordneter durch den türkischen Staatsgerichtshof: Stopp aller Waffenlieferungen, Stopp jeglicher Wirtschaftshilfe, Abschiebestopp, Aufhebung des PKK-Verbots! Die Jusos schließen sich in einer Presseerklärung der Argumentation des Völkerrechtlers Prof. Dr. Normann Paech an, derzufolge die PKK eine Befreiungsorganisation im Sinne der Prinzipienklärung der UNO von 1970 ist. Soweit das Verbot damit begründet werde, daß die PKK „sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richte“ und „die innere Sicherheit, die öffentliche Ordnung und sonstige er-

ELMSHORN**Nur gefügiger Ausländerbeirat geduldet**

Die Kandidatensuche für die anstehende Neuwahl des Ausländerbeirates hat sich bisher als schwierig erwiesen. Wenige haben sich bisher Unterlagen abgeholt.

Nach der geänderten Wahlordnung werden bei drei wählbaren türkischen Einwohnern Elmsorns mindestens vier wählbare Einwohner anderer Nationalität gesucht. Finden sich nur drei anderer Nationalität, wäre die vorgeschriebene Minorisierung der türkischen Mitglieder nicht erfüllt. Die Wahl wäre hinfällig, ein Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen dem bisherigen Beirat, der nicht wieder kandidiert, und der Stadt. Vertreter des Sozialausschusses sowie der Stadt hätten auf einer Informationsveranstaltung am 4. Februar die Möglichkeit gehabt, deutliche Angebote an eine verbesserte Rechtsstellung des Beirates zu machen und jegliche Einmischungsversuche zu unterlassen. Dazu hätte gehört, den Ausländerbeirat nicht nur an seine Aufgaben und Pflichten, gemäß der Satzung handeln zu müs-

sen, ständig zu erinnern, sondern die wenigen Rechte des Ausländerbeirates in der Satzung zu verbessern. Ein Rede- und Antragsrecht für alle Beiräte forderte die SPD zur Kommunalwahl 1994. Stattdessen gab es lediglich die Offerte, mögliche Anträge des Beirates in den Ausschüssen bei entsprechender Kooperationsbereitschaft zu übernehmen. Dazu hätte gehört, daß der derzeit selbstzuverwaltende Haushalt nicht bei 500,- bleiben darf. 7500,- DM wurden während der Auseinandersetzungen mit dem vorherigen Beirat von der Stadt abgetrennt und in einen Haushaltsposten Ausländerarbeit umgewandelt, über den die Stadt auf begründeten Antrag hin entscheidet und der allen offen steht. Das Thema wurde aber vornehm ausgeklammert. Das Angebot, den zukünftigen Beirat in Fragen der kommunalen Selbstverwaltung zu schulen, konnte unter diesen Voraussetzungen bei den wenigen anwesenden interessierten ausländischen Einwohnern nicht greifen. — (rua)

FREIBURG**Die neue Optik mit Brillen-Fielmann**

Mitte Januar 1995 gibt ein Anwaltsbüro bekannt, daß beim Brillen-Fielmann in der Freiburger Rathausgasse der Betriebsfrieden ins Wanken gekommen sei.

Zwei MitarbeiterInnen wurde von der Firma Fielmann zum 31.3.95 gekündigt, mit sofortiger Wirkung rausgeschmissen. Für eine dritte Mitarbeiterin liegt die Kündigung nahe. Es geht um eine Betriebsversammlung bei Fielmann, die auch stattfinden wird.

Dieses Treffen möchte Fielmann wohl lieber verhindern und damit die Kritik der Arbeitsbedingungen bei der Freiburger Filiale. Diese bilden nämlich den Anlaß für die Betriebsversammlung, wie durch die letzten Veröffentlichungen klar wird. Schon im Juli 1994 trat das Anwaltsbüro im Auftrag der nunmehr gefeuerten MitarbeiterInnen an den Fielmann-Chef in Hamburg heran, um auf die skandalösen Arbeitsbedingungen in der Rathausgasse 10 in

Freiburg aufmerksam zu machen. Der Interims-Filialleiter habe ein völliges Durcheinander verursacht, nachdem er den Laden 1994 übernommen hat.

Diese reagierte darauf damit, daß er jetzt „aufräumen wird“, er wolle — falls seine Weisungen nicht befolgt würden — alle entlassen. Einzelne MitarbeiterInnen wurden gegen andere aufgestachelt, wieder anderen wurde Diebstahl unterstellt, eine Verdächtigung nach der anderen also. Schließlich wurden in einer Nacht- und Nebelaktion alle Spinde geöffnet und durchsucht, drei MitarbeiterInnen wurden regelrecht „verhört“. Nunmehr haben drei MitarbeiterInnen die Initiative ergriffen, nachdem von Hamburg aus keine Änderung zu erwarten war, und zu einer Betriebsversammlung eingeladen; hier soll ein Betriebsrat gegründet werden. Trotz der daraufhin erfolgten Kündigung halten die MitarbeiterInnen allerdings an ihrer Initiative fest. — (az Freiburg)

NACH DEM EU-GIPFEL**Bündnis fordert Einstellung aller Verfahren**

Knapp 200 Betroffene berieten auf einem bundesweiten Treffen am Samstag, dem 28.1., in der Zeche Carl über die juristischen Konsequenzen der Massenfestnahmen im Zusammenhang mit dem Gengipfel zum EU-Ministerrat in Essen.

Im Rahmen der größten Massenfestnahme in der Geschichte der Bundesrepublik wurden am 10.12.1994 in Essen weit über 1000 Personen von der Polizei festgenommen, zum Teil stundenlang eingekesselt und bis spät in die Nacht in sogenannten Gefangensammelstellen festgehalten. Der einzige Vorwurf zur Begründung dieses repressiven Vorgehens ist in fast allen Fällen die Teilnahme an einer verbotenen Versammlung, also lediglich eine Ordnungswidrigkeit.

In 779 Fällen wurden nun im Rahmen von Bußgeldverfahren durch die Polizei Anhörungsbögen verschickt. Damit macht die Essener Polizei deutlich, daß sie weiter mit aller Härte gegen Menschen vorgehen will, die ihr demokratisches Recht auf Demonstration wahrnehmen wollten. Dabei kann auch die Polizei den Menschen, die am 10.12. gegen den EU-Gipfel demonstrieren wollten, keine gewalttätigen Aktionen vorwerfen. Offensichtlich hat die Polizei es dringend nötig, ihrem skandalösen Vorgehen wenigstens im Nachhinein den Schein einer Rechtfertigung zu geben.

Da schon mit der Durchsetzung des Demonstrationsverbotes neue Maßstäbe in der Beschneidung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes gesetzt wurden, will das Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel im Rahmen der anhängigen Verfassungsbeschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht die grundsätzliche Verfassungswidrigkeit des Demonstrationsverbotes feststellen lassen. Da die im sogenannten Brokdorf-Urteil vom Bundesverfassungsgericht festgelegten engen Maßstäbe für Verbotsentscheidungen im Essener Fall

eindeutig mißachtet wurden, sind die Erfolgsaussichten dieser Verfassungsbeschwerde durchaus positiv zu beurteilen.

Während des Treffens wurde den Festgenommenen von Anwälten empfohlen, im Zusammenhang mit den Anhörungsbögen keine Angaben zur Sache zu machen. Falls Bußgeldbescheide eingehen, sollte dagegen innerhalb von 14 Tagen formlos Widerspruch eingelegt werden. Das zuständige Amtsgericht muß dann über die Eröffnung eines Verfahrens entscheiden. Erst dann ist der geeignete Zeitpunkt, den Widerspruch inhaltlich zu begründen.

Mit einer Sammelklage will eine Vielzahl von Festgenommenen außerdem vor dem Landgericht Essen die Rechtswidrigkeit der polizeilichen Einkesselungen feststellen lassen und Schadensersatz bzw. Schmerzensgeld wegen Freiheitsberaubung und Nötigung geltend machen. Das Essener Bündnis sammelt noch bis zum 11.3. die Angaben weiterer Personen, die sich an die Klage beteiligen wollen (Kontakt: Stadtteambüro der Zeche Carl, 0201/8344416). Einige von Schlagstockein-



sätzen der Polizei Betroffene haben darüber hinaus individuell Anzeige gegen die Polizei wegen Körperverletzung gestellt.

Beim Stadtteambüro der Zeche Carl können sich auch weitere Betroffene oder Interessierte — auch unbeteiligte Augenzeugen — melden.

Das Treffen bekräftigt die Forderung nach Einstellung aller Bußgeld- und Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Gengipfel. Die Polizei wird dazu aufgefordert, sämtliche erhobenen persönlichen Daten zu vernichten und die Weitergabe der gesammelten Daten an Verfassungsschutz und andere Behörden zu unterlassen. Wir lassen uns unser Recht auf Protest und Widerstand auch in Zukunft nicht nehmen! (Essener Bündnis gegen den EU-Gipfel)

hebliche Belange der Bundesrepublik gefährde“, verhöhne diese Politik des Kanther-Ministeriums das Recht auf Selbstbestimmung der Kurdinnen und Kurden und damit ein Prinzip des Völkerrechts. — (ola)

Überwachung der PDS? Landtagsdebatte in Düsseldorf

Düsseldorf. Am 25. Januar beriet der Landtag Nordrhein-Westfalen in erster Lesung über den Antrag der CDU-Fraktion, den Landesverband der PDS künftig durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Der Antrag ist von allen Fraktionen zur Weiterbehandlung an den Ausschuß für Innere Verwaltung und an den Hauptausschuß verwiesen worden, direkte Fürsprecher fand er jedoch nur bei den Antragstellern, der CDU-Fraktion und in der F.D.P. Der CDU-Redner Paus aus Detmold knüpfte dabei unverfroren an Ton und Inhalt des Antrags an und zog bedenkenlos eine simple Parallele zwischen dem Naziterror im „Tausendjährigen Reich“ und der DDR. Der Sprecher aus der SPD, Egbert Reinhard, sprach sich zwar gegen die Beobachtung der PDS mit „geheimdienstlichen“ Mitteln, also

durch direkte Spitzel, aus. Er hielt jedoch fest, daß die Beobachtung der öffentlich zugänglichen Materialien des PDS-Landesverbandes durch den Verfassungsschutz ausreiche. Die Beobachtung und Auswertung von Materialien durch den Verfassungsschutz jedoch ist nicht öffentlich überprüfbar, sondern kann allenfalls im zuständigen, nichtöffentlichen Ausschuß durch einzelne Parlamentarier geschehen. Alle Erfahrungen sprechen jedoch dafür, daß der Beobachtung auch bald die direkte Unterdrückung folgt, sei es durch Druck auf Beschäftigte im öffentlichen Dienst, sei es durch Druck auf die öffentliche Meinung bis hin zur Geschäftsschädigung u.ä. Roland Appel von Bündnis 90/Die Grünen nahm gegen den Antrag Stellung. — (uld)

„Unsere Konten brauchen den Aufschwung“ (IG Metall Bosch)

Stuttgart. Die Vollversammlung der IG-Metall-Vertrauensleute bei Bosch am Standort Feuerbach hat am 28. Januar mit großer Empörung die Äußerungen der Konzernspitze zur Vernichtung von Arbeitsplätzen im Jahr 1995 zur Kenntnis genommen. Die IG-Metall-Vertrauens-

leute haben angesichts der Rekordproduktionen am Standort Feuerbach und des hohen Überstundenvolumens gefordert: „Wir brauchen den Aufbau von Arbeitsplätzen anstelle von Überstunden!“ Die Überstunden sollen sofort zurückgefahren werden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Allein im November 1994 sind im Werk Feuerbach über 30000 Überstunden gefahren worden. Das entspricht über 200 Arbeitsplätzen.

Die Vertrauensleute stellen zur laufenden Tarifaufeinandersetzung weiterhin fest:

1. Für uns bleibt es beim gültigen Recht: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit wird auf die Werkstage Montag bis Freitag und nicht auf Montag bis Samstag verteilt.

2. In der jetzigen Tarifrunde geht es nur um die Erhöhung von Löhnen, Gehältern und Ausbildungsvergütungen und nicht um Neuverhandlung des Manteltarifvertrages...

3. Die 35-Stunden-Woche muß wie vereinbart ab 1.10. eingeführt werden.

4. Die Laufzeit darf zwölf Monate nicht überschreiten. Wir brauchen eine wirkliche Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 % bei Pauschalbeträgen von

280 DM monatlich für möglichst mehrere Monate.

5. Die Firma wird aufgefordert, die Kürzung der Schichtzulagen ab 1.1.1995 um 1,5 Prozent zurückzunehmen...

Gerhard Sautter, Betriebsratsvorsitzender und Werner Neuffer, Vorsitzender des Vertrauenskörpers

Liste „Brüderlichkeit“ zu den Ausländerbeiratswahlen

Köln. Die „Liste für Freiheit und Völkerverständigung“, kurz „Brüderlichkeit“ genannt, kandidiert in Köln zu den Ausländerbeiratswahlen im März. In dieser Liste stellen sich Kandidatinnen und Kandidaten verschiedener Staatsangehörigkeiten zur Wahl. Sie sind Kurden und haben sich zusammengetan, um sich vor allem für mehr Rechte von Kurden in unserer Stadt einzusetzen. Aufgrund des Krieges in ihrer Heimat fühlen sie sich durch die Kandidaten aus den Besatzerstaaten nicht ausreichend vertreten. Die bisherige Arbeit des Beirates wird als unzureichend empfunden, daher verstehen sie sich gleichzeitig als Ansprechpartner für alle Ausländerinnen und Ausländer in Köln.

— (dg, aus: Lokalberichte Köln)

Richter-Disziplinierung?

Podiumsdiskussion in Ludwigshafen zum Deckert-Urteil

Annähernd 300 Personen füllten den Ludwigshafener Rathaussaal bei einer Podiumsdiskussion über das Deckert-Urteil. Die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen des Bezirks Pfalz hatte dazu den Ankläger im Deckert-Prozess, Staatsanwalt Hans-Heiko Klein, für das Podium gewonnen, Jürgen Kühling, Richter beim Bundesverfassungsgericht, außerdem den Grafiker und Rechtsanwalt Klaus Staack sowie Michael Reisenberger vom Süddeutschen Rundfunk in Karlsruhe, der sich in Kommentierungen häufig mit BVerfG-Urteilen befaßt.

Im Mittelpunkt der Diskussion standen juristische Überlegungen, mit welchen Konsequenzen ein Richter, der ein derartiges Urteil verfaßt und „Sympathie mit einem notorischen Antisemiten“ zeigte (höhnisches Gelächter vom ebenfalls anwesenden NPD-Vorsitzenden Deckert), zu rechnen haben müßte bzw. ob die richterliche Unabhängigkeit überhaupt Konsequenzen erlaubt.

Richteranklage?

Reisenberger kritisierte das „Wagenburgdenken“ in Richterkreisen, das für ihn zum Beispiel dadurch zutage tritt, daß das Mannheimer Landgericht die 6. Kammer nicht umbesetzte und bereits jetzt bei zahlreichen Richtern eine „vorausseilende Wehleidigkeit“ wegen der Folgen des Urteils und der öffentlichen Kritik zu bemerken sei. Er plädierte stark dafür, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik den Art. 98 GG, der eine Richteranklage ermöglicht, anzuwenden. Eine solche Anklage schien ihm jetzt auch deshalb angebracht, weil Tabubrüche zugunsten des Faschismus immer häufiger an der Tagesordnung seien. Es „schaukelte sich etwas auf, was die Gesellschaft immer intoleranter werden“ lasse. An bestimmten Ecken komme auch er mit seiner Toleranz ans Ende, bekannte er, und somit zu Forderungen nach Maßnahmen gegen diese Entwicklung. Der Journalist äußerte im Verlaufe der Diskussion auch starkes Befremden darüber, daß immer noch per Standardkommentar auf den Richtertischen hartgesottene Größen der Nazizeit paradierten, wie z.B. Parland und Schlegelberger für die Sozialgesetzgebung; letzterer war einer der Initiatoren der Wannseekonferenz.

Der Grafiker Klaus Staack verwies auf die Nazivergangenheit vieler Richter, die bis heute nicht belangt wurden, und — soweit sie noch leben — Pensionen beziehen. Freisler gar wurde posthum befördert. Dieser Berufsstand habe sich selber freigesprochen und zugleich das Bewußtsein aufgebaut, daß einem Richter nichts passieren kann. Adenauer gab mit der Berufung eines Globke zum Staatssekretär das politische Signal, daß die Parteinahme des Richterstandes für den Faschismus gar nicht so schlimm gewesen sei.

BVerfG-Richter Kühling gab durchaus zu, daß durch die persönliche und sachliche Unabhängigkeit der Richter die Dienstaufsicht eingeschränkt, zusätzlich mit dem Schutz durch das Beamtenrecht die Macht eines Richters nahezu unkontrollierbar sei — ein hoher, aber notwendiger Preis für die richterliche Unabhängigkeit seiner Ansicht nach. Korrekturmöglichkeiten bestünden lediglich durch die Medien, die öffentliche Meinung. Er plädierte für eine Reform der Justiz, die sich verständlicher ausdrücken und eine „Servicekultur“ pflegen sollte, sprich kunden-

freundlicher werden, und z.B. auf die Terminwünsche der Bürger eingehen sollte — etwas recht Neues für denjenigen, der bereits einmal mit deutschen Gerichten zu tun hatte. Auch er war nicht für die Anwendung des Art. 98 GG. Das Orlet-Urteil selber biete keine Handhabe für ein Dienstaufsichtsverfahren. Gegen dieses Urteil als Dokument sei „kein Kraut gewachsen“.

Staatsanwalt Klein zog Zitate heran, z.B. jenes, daß die richterliche Unabhängigkeit benützt wird zur Kaschierung von Borniertheit, Faulheit und Voreingenommenheit. Die richterliche Unabhängigkeit hält er zwar für unverzichtbar, sie mache allerdings nicht unfehlbar. Sichtlich verärgert war er über die zwar regen Aufsätze aus den Reihen des Richterbundes zum Urteil von Orlet, die jedoch alle einer Diskussion der Konsequenzen ausweichen. Offensichtlich ungehalten war er darüber, daß trotz seiner eindringlichen Warnungen dem Landgericht Mannheim Fred Leuchter (pseudowissenschaftlicher Leugner des Holocaust) entkommen konnte. Die Anklage lag vor. Durch die „Blauäugigkeit“ des Gerichts („der Mann wird freiwillig zum Gerichtstermin erscheinen“) entkam der Mann in die USA.

Trotz allem hält er die heutige Justiz nicht für blind auf dem rechten Auge. Auch BVerfG-Richter Kühling verwahrte sich gegen diese Vorstellung. Man habe umgedacht. So sei heute völlig klar, daß die Berufsverbote eine „Fehlentwicklung“ waren und inzwischen „völlig überholt“ seien. Fraglich, ob er mit dieser Einschätzung richtig liegt, betrachtet man die Berufsverbotepraxis im Osten gegen einzelne PDS- oder ehemalige SED-Mitglieder.

Richterdienstgericht?

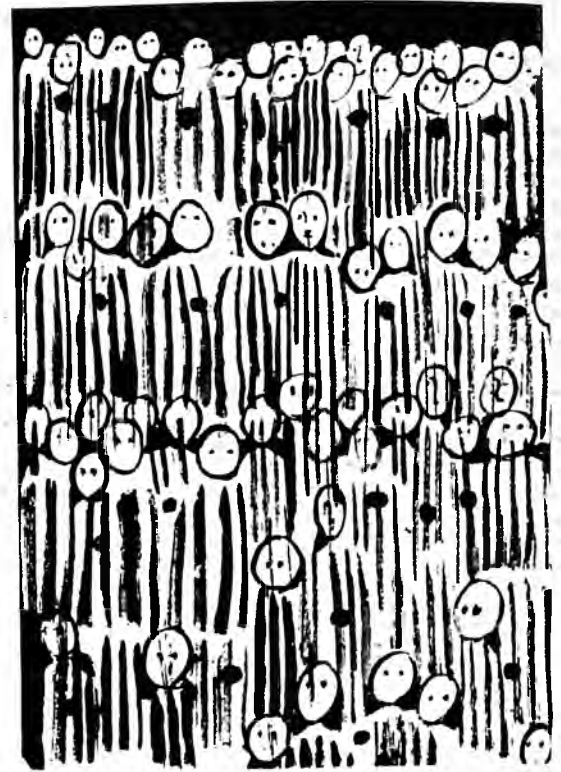
Deutlich wurde in der Diskussion, daß sich die am Landgericht Mannheim tätigen Richter durch die öffentliche Diskussion zu Unrecht in eine rechte Ecke gedrängt sehen. Einer davon äußerte sein Unverständnis darüber, daß gegen Orlet bis heute kein Disziplinarverfahren initiiert wurde; deshalb habe die Diskussion etwas Heuchlerisches. Längst hätte man durch den Justizminister einen entsprechenden Antrag an das Richterdienstgericht stellen können.

Schöffen-„Streik“

Auf breite Sympathie stieß die Weigerung einiger Schöffen, mit dieser Kammer fortan zusammenzuarbeiten. Deshalb aber, warf jemand ein, seien seine Richterkollegen bis heute nicht auf diese Idee gekommen.

Die SPD als Große-Koalitions-Partei in Baden-Württemberg konnte sich hier nicht ganz aus der Verantwortung stellen. Der Antrag für eine Richteranklage gegen Orlet müßte nämlich per Mehrheitsbeschluß im Landtag entstehen und dann an das Bundesverfassungsgericht eingereicht werden, wobei ein solches Verfahren keineswegs in einer Absetzung Orlets als Richter münden muß; es könnte auch nur eine Versetzung zur Folge haben. Bloß, wohin soll man ihn denn versetzen, stellte jemand die Frage. Auch der Antrag an das Richterdienstgericht müßte vom Dienstherrn, dem baden-württembergischen Justizminister Thomas Schäuble (CDU), ausgehen. Wie verlautet, sei die SPD in Baden-Württemberg in dieser Angelegenheit noch tätig. — (frr)

Unter dem Motto „Wider das Leugnen, wider das Vergessen“ versammelten sich in Mannheim 700 Menschen zur einer Gedenkveranstaltung für die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz vor genau 50 Jahren. Den Aufruf des Arbeitskreises „Justiz in Mannheim“ unterstützten 50 Organisationen und Einzelpersonen aus dem Mannheimer Raum. Eigentlich sollte die Veranstaltung im Foyer des Mannheimer Landgerichtes stattfinden. Doch dessen Präsident verhinderte dies mit fadenscheinigen Argumenten. So fand der erste Teil unter freiem Himmel vor dem Eingang des Landgerichts statt: Filmdokumente aus Auschwitz wurden, unterlegt mit Zeugenaussagen, auf eine große Leinwand projiziert. Im nahegelegenen Stadthaus las sodann Lea Rosh aus ihrem Buch „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“, und der Stuttgarter Vorsitzende Verwaltungsrichter Fritz Endemann (Neue Richtervereinigung) sprach über die viel zu wenig erforschte Tätigkeit der Juristen im Dritten Reich und ihre berufliche Kontinuität in der Bundesrepublik Deutschland. (Zeichnung aus: „Überleben und widerstehen“, Zeichnungen von KZ-Häftlingen)



Erklärung Mannheimer Schöffinnen und Schöffen am Landgericht

„Vor 50 Jahren wurden die Überlebenden des KZ Auschwitz von der Roten Armee befreit. In keinem anderen Lager sind so viele Menschen ermordet worden. Kommandant Höß selbst bezeichnete Auschwitz als die „größte Menschenvernichtungsanlage aller Zeiten“.

Die Leugnung dieser und anderer Verbrechen des Nationalsozialismus verhöhnt die Opfer und zielt auf die Zerstörung des demokratischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik Deutschland.

Als ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Landgericht Mannheim weisen wir Leugnungen oder nachträgliche Rechtfertigungen des Holocaust durch Rechtsradikale ebenso entschieden zurück wie deren verständnisvolle Behandlung durch die 6. Strafkammer. Wir respektieren diejenigen Schöffinnen und Schöffen, die aus persönlichen Gründen mit diesen Richtern nicht mehr zusammenarbeiten wollen. Wir halten es für geboten, daß die Rechtsprechung, zu der wir als Schöffinnen und Schöffen beitragen, der geschichtlichen Verantwortung und dem Respekt vor den Opfern des Nationalsozialismus gerecht wird.“

Diese Erklärung unterstützen bisher über 50 Schöffinnen und Schöffen am Landgericht Mannheim — das ist etwa ein Drittel der Schöffen.

Mittlerweile haben sieben ehrenamtliche Richterinnen und Richter am Landgericht, die der 6. oder der mit den gleichen Berufsrichtern besetzten 1. Strafkammer zugeordnet sind, erklärt, sie würden mit den dortigen drei Berufsrichtern Orlet, Müller und Folkerts nicht zusammenarbeiten. Die erste öffentliche Absichtserklärung hierzu stammt von dem SPD-Bezirksbeiratsmitglied Dr. Stanislaus Stepien, dessen polnische Vorfahren zur Hälfte in den Vernichtungslagern der Nazis ermordet wurden. Eine Schöffin ist inzwischen aus Gewissensgründen zu einem Verhandlungstermin der 1. Strafkammer nicht erschienen. Sie hat nun mit einem Ordnungsgeld zu rechnen. Außerdem mußte sie nach anonymen Drohungen ihre Wohnungen verlassen und sich un-

ter Polizeischutz stellen. SPD-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag, Ulrich Maurer, forderte den Justizminister auf, dem Präsidium des Mannheimer Landgerichts in einem „Rechtsgespräch“ die Möglichkeiten einer Umsetzung Orlets darzulegen. Da sich zahlreiche Schöffen weigerten, mit Orlet zusammenzuarbeiten, sei die Funktionsfähigkeit des Gerichts nicht mehr gegeben und ein Eingreifen möglich und notwendig. Die Möglichkeit einer Richteranklage durch den Landtag ist noch im Stadium der Klärung. In einer Unterschriftensammlung an den Landtag wird dieser aufgefordert, „sich mit dem Urteil und seiner Begründung auseinanderzusetzen und sich zu erklären, ob ein Richter mit einer solchen Einstellung noch Recht sprechen darf. Weiterhin bitten wir zu prüfen, welche Möglichkeiten (Richteranklage) bestehen diesen Richter an einem Weiterwirken zu hindern.“ — (tht)

Thüringer Gemeinden protestieren gegen ihre finanzielle Ausblutung

Landesweiter Aktionstag am 26. Januar
Über 80 Städte und Gemeinde beteiligten sich

Mit einem landesweiten Aktionstag protestierten am 26. Januar in Thüringen über 80 Gemeinden und Städte gegen ihre zunehmende finanzielle Ausblutung. In vielen Orten blieben Museen, Bibliotheken, Schwimmbäder und Schulen geschlossen. In Gotha konnte man sämtliche gefährdeten öffentlichen Einrichtungen einen Tag lang kostenlos nutzen. Bürgermeister Brodhun (CDU): „Wir wollen zeigen, was dem Bürger bei Schließung verlorengehe.“ Allein in Gotha fehlen der Stadt dieses Jahr 8,2 Millionen DM. In Erfurt fehlen sogar 70 Millionen DM, in Weimar 82 Millionen. Ein West-„Controller“: „Weimar ist in der prekärsten Finanzsituation, in der eine deutsche Stadt seit Gründung der Bundesrepublik je war.“ In Arnstadt lagen in allen öffentlichen Einrichtungen Unterschriftenlisten aus, in denen die Landesregierung aufgefordert wurde, die Stadt an den Mehreinnahmen dieses Jahres zu beteiligen. In Weimar blieben um die Mittagszeit alle Busse zehn Minuten lang stehen — Protest gegen die Finanznot. In Plauke hatten Jugendliche ihren Treffpunkt mit Fahnen und Transparenten geschmückt.

Einen Tag vor diesem Aktionstag hatte der Thüringer Landtag über die Finanznot der Städte und Gemeinden diskutiert. Wir dokumentieren Auszüge aus der Rede der PDS-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag, Frau Dr. Ursula Fischer. — (rül)

PDS: „Kommunen in Not bedeutet Menschen in Not!“

Viele Kommunen in Thüringen beklagen zu Recht, daß aufgrund der kritischen finanziellen Lage die kommunale Selbstverwaltung gefährdet ist. Ich erinnere nur an die Stadt Gotha, deren Oberbürgermeister sich deshalb in einem Brief an den Bundeskanzler Helmut Kohl gewandt hat.

Die Ursachen für diese Situation sind m. E. grundsätzlicher Natur und nicht nur auf Thüringen begrenzt.

Die Ursachen liegen in der Finanzpolitik selbst.

Ich möchte dies an zwei Zahlen verdeutlichen.

Während sich der Bundeshaushalt durch Steuerrechtsänderungen seit 1982 Mehreinnahmen von über 46 Mrd. DM gesichert hat, sind im gleichen Zeit-



raum den Kommunen Einnahmemöglichkeiten von ca. 55 Mrd. DM entzogen worden. Diese Tendenz darf nicht fortgesetzt werden.

Deshalb setzt sich die PDS dafür ein, daß die Gemeindefinanzreform auf Bundesebene schnellstens in Angriff genommen wird.

Ziel muß es sein, eine wesentliche Verbesserung der Finanzsituation der Landkreise, Städte und Gemeinden zu erreichen und ihre Abhängigkeit von Bund und Land wesentlich einzuschränken.

Deshalb erwarten wir von der Landesregierung, daß sie sich im Bundesrat für eine Reform der Kommunalfinanzen einsetzt, die die Gewerbesteuer nicht nur erhält, sondern auch wiederbelebt.

Das ist die eine Seite, also eine Bundesangelegenheit, die durch die Landesregierung einzufordern ist, 1995 aber nicht mehr wirksam werden kann.

Die andere Seite betrifft das Land selbst, d. h. eigene Maßnahmen bereits für das Jahr 1995. Nimmt man ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, und verschiedene Wahlaussagen ihrer Koalitionskollegen ernst, so war auf den für 1995 vorzulegenden Haushaltsplanentwurf durchaus zu hoffen.

Von gerechter Beteiligung der Kommunen am Länderfinanzausgleich bis

dahin, daß es den Kommunen nicht schlechter gehen soll als dem Land, war das Spektrum von wohlwollenden Aussagen zugunsten der Kommunen ziemlich breit.

Herr Dewes, sie versprochen die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs mit dem Ziel, daß der Löwenanteil der Mittel, die Thüringen aus dem Länderfinanzausgleich erhält, an Kreise und Kommunen fließt. Ich weiß nicht, was für Löwen sie kennen. Aber für meine Begriffe ist im vorgelegten Entwurf der Löwe zum Hauskätzchen mutiert.

Das Land verfügt 1995 über Mehreinnahmen aus dem Steuerverbund, dem Länderfinanzausgleich, der Investförderung Ost und den Bundesergänzungszuweisungen gegenüber 1994 in Höhe von 3,1 Mrd. DM. Den Kommunen sollen davon lediglich 221 Mio. DM zur Verfügung gestellt werden. Der Anteil der Kommunen an der Finanzausgleichsmasse lag bisher bei 35,4%. Diesen Anteil, bezogen auf die Mehreinnahmen des Landes in Höhe von 3,1 Mrd. DM, entspräche einer Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs um etwa 1 Mrd. DM. Also: Plus 1 Mrd. DM — das wäre eine gerechte Beteiligung! Aber: Plus 221 Mio. DM — das ist der Standpunkt der Landesregierung!

Das verstehen Sie, Herr Ministerprä-

sident, unter einer gerechten Beteiligung, und das verstehen Sie, Herr Innenminister, unter dem Löwenanteil, den die Kommunen am Länderfinanzausgleich erhalten sollten.

Ich erspare mir dazu einen weiteren Kommentar.

Wort und Tat klaffen meilenweit auseinander.

Die Folgen sind klar, die Kommunen werden sie mit ihren Aktionen morgen verdeutlichen — zuerst wird bei den Ausgaben gespart, die nicht Pflichtaufgaben sind. Herr Vogel denkt schon weiter — an die Reduzierung der Pflichtaufgaben. Und die Gemeinden werden versuchen, alles, was Geld kostet, von sich wegzuschieben. So z. B. Schulen in die Verantwortung der Kreise zu übertragen, weil das für sie kostengünstiger ist.

An den Investitionshilfen nach dem Investitionsförderungsgesetz Aufbau Ost, die dem Land Thüringen in den nächsten zehn Jahren zufließen, sind die Kommunen zur Unterstützung ihrer Investitionstätigkeit ebenfalls angemessen zu beteiligen. Nur dann wird es möglich sein, ihnen einen Handlungsspielraum für kommunale Selbstverwaltung und Planungssicherheit für ihre Haushalts- und Finanzplanung der nächsten Jahre zu garantieren. Andernfalls würde die kommunale Selbstverwaltung, wie vom stellv. Präsidenten des Thüringer Städte- und Gemeindebundes befürchtet, zur Verwaltung des Mangels verkommen.

Wir gehen von der Erfahrung aus: Kommunen in Not, das bedeutet immer auch Menschen in Not. Und für uns ist es unerträglich, daß zugunsten einer extremen Verringerung der Nettokreditaufnahme des Landes — die, um es gleich vorweg zu sagen, auch für uns wünschenswert, wenn machbar wäre — die Kommunen dazu „verdonnert“ werden sollen,

— sich selbst noch weiter zu verschulden, soweit das überhaupt noch möglich ist;

— Personalabbau auch in den bereits stark abgespeckten Kernverwaltungen zu betreiben — was letztlich dazu führt, daß sie ihre Aufgaben nicht mehr voll wahrnehmen können, und schließlich

— zu verkaufen, was nur irgendwie verkäuflich ist.

Und dies engt wiederum Handlungsspielräume in künftigen Zeiten noch weiter ein.



Mit den Stimmen von CDU, SPD und F.D.P. wurde am 19. Januar die Errichtung eines zentralen Landesschulamtes vom Ber-

liner Abgeordnetenhaus beschlossen. Nur einige SPD-Abgeordnete fühlten sich dem Beschluß ihres Landesparteitages verpflichtet, der im November

gegen ein zentrales Landesschulamt votierte.

Gegen die Zentralisierung hatten sich die Gewerkschaften GEW und

ÖTV, Eltern- und Schülervertretungen sowie die große Mehrheit der Berliner Bezirke ausgesprochen. Letztere (16 von 23) strengen inzwischen ein Normenkontrollverfahren beim Berliner Verfassungsgericht an.

30 Jahre war die Zuständigkeit in den Händen der Bezirke. Im Juli vergangenen Jahres erst wurde die Verfassung so geändert, daß nur Aufgaben, „die zwingend einer einheitlichen Durchführung bedürfen“, nicht von den Bezirken wahrgenommen werden dürfen. Die Bezirke befürchten nun, daß das Landesschulamt Vorreiter für weitere Zentralisierungen sein könnte.

Gegen Bildungsabbau, Sparprogramme und Landesschulamt demonstrierten am 26. Januar mehrere hundert Schülerinnen und Schüler (siehe Bild). — (har)

„Der Mensch kann auf vieles verzichten, auf eine Wohnung nicht“

PDS Sachsen gegen Einführung der „Vergleichsmiete“ in den neuen Ländern

Am 6. Januar 1995 wußte die Mehrheit der Ostdeutschen noch nicht, was sie in diesem Jahr an der „Mietenfront“ erwartete: eben eine Kriegserklärung. Im Prinzip stand sie seit dem Einigungsvertrag bevor, war also von CDU und SPD beschlossen. Alle DDR-Wohnungen, so der politische Wille jener Parlamentarier, gehörten auf den freien Wohnungsmarkt geworfen, und nun solle es eben soweit sein. Was das bedeuten würde, zeichnete die wohnungspolitische Sprecherin der PDS-Fraktion, Christine Ostrowski, in der öffentlichen Fraktionssitzung vor. Inzwischen haben die Urheber des Horrorgemäldes, die ostdeutschen Bauminister, diese Skizze mit kräftigen Strichen ausgeführt.

Was erwartet uns?

„Die Vergleichsmiete kommt ... Laut Gesetzeslage heißt Vergleichsmiete, daß die Miete mit den Entgelten im freifinanzierten Wohnungsbau verglichen wird ... Die Miete kann alle drei Jahre um 30 % angehoben werden, entweder mit Bezugnahme auf einen ‚Mietspiegel‘ oder ein Sachverständigen-Gutachten oder durch das Heranziehen der Mieten von drei vergleichbaren Wohnungen.“

Dabei, warnte Christine Ostrowski, trieben nicht nur unnötige, überhöhte Modernisierungskosten die Mieten. „Wiedervermietung ist ebenfalls ein Problem. Auch hier setzt eine schlei-

chende Mieterhöhung ein. Die Kostensteigerung bei Wiedervermietungen beträgt im Westen 50 %, und das wird sich ebenfalls auf die neuen Vergleichsmieten auswirken.“

Trügerische Beruhigungen

Darum sei der noch so geringe Protest aus der Mieterschaft durchaus unbegründet — eine Mischung aus Wunderglauben an die Kraft der „Mietspiegel“, aus der kenntnisarm verlängerten Erfahrung, „bisher doch auch zurechtgekommen zu sein“, und aus Obrigkeitsgläubigkeit à la „Das können die doch mit uns nicht machen“. Sie haben es beschlossen, können und werden es, daran ließen Christine Ostrowskis Ausführungen keinen Zweifel — „wenn wir Mieter die Politiker nicht wieder daran hindern“. Dazu könne es freilich trotz der gegenwärtigen Ruhe kommen, wie bereits 1992, und wieder könnten die Mieterinnen und Mieter, Mietervereine und Kommunen mit der Unterstützung der PDS rechnen.

Nicht zuletzt für dieses Engagement und zu diesem Zweck sei die PDS ja 1994 gewählt worden. Dabei vergißt die PDS nicht, daß Wohnungen ein soziales und ein wirtschaftliches Gut sind.

Christine Ostrowski legte auf diese Feststellung besonderen Wert, da die Finanzierungsbedingungen des Wohnungsbaus weder im sozialen Interesse der Mieter noch im wirtschaftlichen Interesse von Hochlohn-Bauarbeitern

Wohnungspolitische Offensive der PDS

Warum?

Weil eine 20prozentige Anhebung der Mieten (fiktive Vergleichsmiete) eine Verletzung des Einigungsvertrages ist und damit über 60 Prozent der sächsischen Haushalte finanziell überfordert werden. Weil eine 3-DM-Kappungsgrenze bei Modernisierungskosten immer noch zu hoch ist. Weil bei Wiedervermietungen keine Kappungsgrenze vorgesehen ist, also Mieten bis 20 Prozent über dem Vergleichsmietenniveau möglich sind und damit eine Mietbombe gelegt ist. Weil die kalten Betriebskosten ebenfalls stark ansteigen werden.

Wann?

Ab 20. Februar bis Ende März, weil das Gesetzgebungsverfahren zur Einführung der Vergleichsmiete mit der Zustimmung im Bundesrat am 31. März 1995 abgeschlossen werden soll.

Was soll erreicht werden?

Unmittelbar: die Zustimmung des Bundesrates verhindern, deshalb

muß großer öffentlicher Druck gemacht werden. Inhaltlich: Mietenmoratorium bis 1996.

Wie?

Massenhafte Verteilung einer Zeitung *Der Mietbürger*, besonders in den sächsischen Städten. Massenhafte Verteilung einer Petitionspostkarte an den deutschen Bundestag mit der Forderung: Mietenmoratorium bis 1996. Anbringen von Plakaten, wo immer es geht.

Organisation:

Die Zeitung ist ab 20. Februar im Haus der Begegnungen auf der Franz-Liszt-Straße 13 in Dresden abzuholen. Die Petitionspostkarte und die Plakate liegen dann ebenfalls bereit; allerdings bekommen die Kreisvorstände hier nur Einzelexemplare; sie müssen die Materialien selbst weiterkopieren.

Kontaktadresse:

Christine Ostrowski, Haus der Begegnungen, Franz-Liszt-Str. 13, 01219 Dresden, Tel: 03 51 / 4715596, Fax: 03 51 / 4710086.

oder jedes Bauherren und Eigentümers seien.

Im Unterschied zu Staaten wie Holland, England oder Japan händige in der Bundesrepublik nicht eine Staatsbank die Baukredite aus. Die Baufinanzierung sei bei uns leider das dicke Standbein der Privatbanken, und im Zeichen der Vergleichsmieten würden zwischen 60 und 70 Prozent der Mieten für Zinstilgungen abgeführt werden müssen.

Auch das geltende Bodenrecht treibe die Preise weit stärker als jede Modernisierung. Wer ein Stückchen für den Bau verplante Stadt sein Eigentum nenne, könne am meisten durch Abwarten verdienen. Ohne daß die Kommunen

oder der Staat wesentliche Zugriffsrechte hätten, steige der Preis mit jedem Plan-Feststellungsverfahren.

Darum, so Christine Ostrowski, müsse das Problem der Wohnungsmieten mit einem auszukämpfenden Kompromiß zwischen sozialen und wirtschaftlichen Interessen gelöst werden — perspektivisch ergänzt durch Veränderungen der Baufinanzierung und durch das Verbot der Bodenspekulation. „Nicht die Vertretung der Mieterinteressen, sondern das Verschweigen dieser Zusammenhänge ist Populismus.“

— (Christine Ostrowski, wohnungspolitische Sprecherin der PDS-Landtagsfraktion in Sachsen)

Urwahl: Frau Stahmer Berliner SPD-Bürgermeisterkandidatin

Berlin. Bei der Urwahl des Kandidaten der Berliner SPD für das Amt des Regierenden Bürgermeisters bei den Wahlen am 22. Oktober setzte sich die Sozialsenatorin Ingrid Stahmer gegen den Exbürgermeister Walter Momper durch. Mit rund 55 % war die Wahlbeteiligung recht hoch. Das Ergebnis war deutlich: 7219 Stimmen für Frau Stahmer und 5510 für Herrn Momper. Dessen Einschätzung, daß nur die „Speckschicht der Funktionäre“ sein Comeback verhindern wolle, scheint widerlegt. Ob die Erfahrungen dieser Urwahl, die der SPD nach deren Angaben über 500 Neueintritte eingebracht hat, zu verallgemeinern sind, scheint zweifelhaft, denn die Wahl der Spitzenkandidatin war mit der Nominierung der Kandidaten für die 23 Bezirksbürgermeister verbunden, so daß Funktionäre und Mitglieder zusätzlich motiviert waren. Frau Stahmer war von 1981 bis 1989 Sozialstadträtin in Charlottenburg, dann im SPD/AL-Senat Senatorin für Soziales und Gesundheit und ist derzeit für die Ressorts Soziales und Jugend im CDU/SPD-Senat zuständig. Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus von Bündnis 90/Grüne Wolfgang Wieland begrüßt das Abstimmungsergebnis und meint, ein rot-grünes Reformbündnis sei grundsätzlich möglich. Der Berliner CDU-Generalsekretär Ernst Glaubt, Frau Stahmer werde ein Bünd-

nis ihrer Partei mit den Grünen und dieser wiederum mit der PDS nicht verhindern können. Die PDS-Landesvorsitzende Petra Pau erwartet gespannt, ob Frau Stahmer sich vom Kurs der großen Koalition und der Diskriminierung der PDS irgendwann abwendet. — (chk)

Was wird aus dem LfV in Sachsen-Anhalt?

Magdeburg. In Sachsen-Anhalt entwickelt sich ein Streit der Parteien im Parlament um die Schaffung des Landesamtes für Verfassungsschutz. Während die PDS-Fraktion im Landtag die Abwicklung des erst 1992 gegründeten Landesamtes beantragte, wurde in den Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vereinbart, einen Stellenplan zu bestätigen, der 130 Mitarbeiter vorsieht. Die CDU hatte zur Zeit ihrer Regierungstätigkeit in Magdeburg 150 Stellen bewilligt, was sie auch heute noch als Opposition für erforderlich hält. Diese Konstellation führte im Ausschuß über den Haushaltsplan für 1995 zu Schwierigkeiten für die rot-grüne Minderheitsregierung. Es fand sich für das LfV keine Mehrheit, weil alle Fraktionen bei ihren vorher erklärten Positionen blieben. Die CDU denkt nicht daran, der Regierung zu helfen, da diese es bisher vorgezogen habe, ihre Politik an den Wünschen der PDS auszurichten. So kam es zu einem Patt, das nur aufgelöst werden kann, wenn die Existenz des LfV in Frage gestellt wird, was die PDS

will und der Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Tschiche, mit seinen Absichten durchaus zu unterstützen scheint. Er soll gesagt haben: Eigentlich genügt „ein Präsident und eine Sekretärin“. Tschiche würde es offensichtlich nicht sehr schmerzen, wenn der Stellenplan des Verfassungsschutzes nur zwanzig bis dreißig Stellen umfassen würde.

Schwierigkeiten macht die PDS dem Verfassungsschutz auch mit ihrer Haltung zur Beteiligung an der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK). Seit der Wahl zum Landtag in Sachsen-Anhalt am 26. Juni 1994 weigert sie sich, den ihr zustehenden Platz in der Kommission einzunehmen. Anderswo würde es möglich sein, über die PDS hinwegzugehen, und eine Parlamentarische Kontrollkommission würde auch ohne PDS-Beteiligung arbeiten. Nicht so in Sachsen-Anhalt. Anhaltspunkt dafür ist wieder die Koalitionsvereinbarung zwischen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD, die festgelegt haben, das Verfassungsschutzgesetz so zu ändern, daß alle Fraktionen in der PKK vertreten sein sollen, wofür die PDS auch stimmte. So ist bisher die Wahl der PKK nicht zustande gekommen. Verbliebe man bei der alten Regelung, erhielte die CDU als die stärkste Fraktion im Parlament drei Sitze, die SPD zwei und das Bündnis 90/Die Grünen wäre draußen. Die PDS könnte dann noch das Angebot machen, dem Bündnis ihren Platz in der PKK anzubieten, was bisher nicht erfolgte.

In Sachsen-Anhalt ergibt sich deshalb die kuriose Situation, daß die alte Kommission — so wie sie schon vor der Wahl im vergangenen Jahr existiert hat — weiter im Amt bleiben mußte. An ihrer Spitze steht der FDP-Abgeordnete Buchholz, dessen Mandat im Parlament seit einem halben Jahr abgelaufen ist. Der zweite Mann der PKK, Püchel (SPD), hat zwar noch sein Mandat, wurde aber Innenminister und mußte deshalb den Sitz in der PKK abgeben. Der PKK gehört nun auch noch der jetzige Fraktionsvorsitzende des Bündnisses Tschiche an, der keine Gelegenheit ausläßt, die CDU, die ihm vorher großzügig den Sitz überlassen hatte, zu verhöhnen.

Schon vor der Regierung Höppner waren im Landesamt für Verfassungsschutz doppelt so viele Verfassungsschützer zur Bearbeitung der rechtsextremistischen Szene eingestellt als für die Beobachtung der Linken. Die Regierung Höppner läßt sich unter diesen Gesichtspunkten offensichtlich nicht von der Kampagne gegen die PDS, wie sie in anderen Bundesländern — z. B. in Berlin — angezettelt wird, anstecken und betrachtet die PDS in erster Linie als Chance für die Herstellung wechselnder Mehrheiten im Parlament. Klar, daß das der Regierung Höppner den Vorwurf einbringt, sich zum Gefangenen der PDS zu machen und selbst zum „Sprengsatz für die freiheitlich-demokratische Ordnung“ zu werden, wie das die FAZ schreibt.

Quelle: „FAZ“ vom 4. 2. 1995 — (abe)

Schnepfenthal und der 8. Mai

Einige Anmerkungen zu einer kontroversen Diskussion während der letzten Winterschulung

Die Politischen Berichte eröffnen mit dieser Ausgabe eine Reihe von Beiträgen zum 8. Mai. Anliegen ist es, den offiziellen und halb-offiziellen Versuchen, die Geschichte zu revidieren, die faschistischen Verbrechen zu relativieren, die faschistischen Aggressoren zu rehabilitieren und damit nicht zuletzt die öffentliche Meinung auf neuerliche Versuche zur Durchsetzung deutscher Großmachtinteressen einzustimmen, durch kritische Aufarbeitung der Geschichte entgegenzutreten.

Die zum Teil sehr kontroversen Ansätze der Kritik innerhalb der Linken sollen nach Möglichkeit zu Wort kommen. Im folgenden ist ein Beitrag von Autoren aus dem Diskussionszusammenhang des antinationalen Plenums Hamburg abgedruckt.

Im Rahmen der Linken Winterschule in Schnepfenthal vom 5. bis 8. Januar 1995 wurde traditionsgemäß eine gemeinsame thematische Abendveranstaltung aller Arbeitsgruppen durchgeführt. Es zeigte sich schnell, daß zu diesem Thema recht unterschiedliche Einschätzungen bestehen. Die Differenzen liegen im wesentlichen in unterschiedlichen Analysen des Nationalsozialismus und der Bewertung des 2. Weltkrieges.

Nach einem einleitenden Vortrag über den Verlauf der letzten Kriegsjahre und die Strategie der Alliierten im Kampf gegen Deutschland, gehalten von Martin Pochler, kam es zu den ersten Kontroversen, deren Schärfe überraschend war.

Wir halten eine weitergehende Diskussion über dieses offenbar emotionsgeladene Thema für dringend geboten, da die Ergebnisse der Diskussion — nicht zuletzt die Bewertung des Charakters des Nationalsozialismus — weitreichende politische Konsequenzen haben kann. Diese Diskussion möchten wir mit einigen Beiträgen und Fragen eröffnen.

1. Dresden

Die Bewertung des Bombenangriffs der Anti-Hitler-Koalition vom 13.2.1945 auf Dresden wurde während der Diskussion zu einem zentralen Aspekt. War dieser Angriff ein Akt des Terrors gegen die deutsche Zivilbevölkerung und somit ein Verbrechen? Oder war er ein militärisch notwendiges Element zur Zerschlagung des Nationalsozialismus? Unserer Auffassung nach sind zur Beantwortung dieser Frage einige strukturelle Überlegungen zur Rolle der „deutschen Zivilbevölkerung“ im Nationalsozialismus und ihre Bedeutung für den Durchhaltewillen des „deutschen Volkes“ im 2. Weltkrieg erforderlich. In Anbetracht der Dimension der Verbrechen, die von 1933 bis 1945 von Deutschen begangen wurden, ist zunächst einmal der Begriff Zivilbevölkerung sehr fraglich, impliziert er doch, daß diese Bevölkerung zivilisiert, im humanistischen Sinne anständig gewesen sein soll. Aber was kann an einer Bevölkerung zivil in diesem Sinne sein, die strukturell eine Bevölkerung des Nationalsozialismus war? Eine Bevölkerung, die strukturelle Verantwortung für die Verbrechen des Nationalsozialismus trägt, für die Vernichtung des europäischen Judentums, für die Vernichtung von Roma und Sinti, für die Vernichtung „unwerten Lebens“,

für den Krieg „der verbrannten Erde“ gegen die „slawischen Untermenschen“, für den menschenfeindlichen Charakter des Nationalsozialismus insgesamt. Wenn Zivilbevölkerung jedoch im militärischen Sinne den Teil der Bevölkerung, der nicht mit der Waffe an der Front kämpft, den nicht soldatischen Teil beschreiben soll, müssen wir uns fragen, was der von Goebbels ausgerufen „totale Krieg“ und die damit verbundene militärische Organisation der Deutschen im Krieg zu bedeuten hatte. Die Ausrufung des „totalen Krieges“ war nicht bloß eine leere Durchhalteparole, sie hatte materielle Gewalt zur Folge. So wurden die gesamte Bevölkerung vom BDM und der HJ über die Deutsche Arbeitsfront bis hin zum Deutschen Volkssturm, die gesamte Erziehung und das gesamte öffentliche Leben auf den Krieg ausgerichtet. Die totale Mobilmachung war durchgesetzt. Sie betraf alle Elemente der gesellschaftlichen Organisation. So wurden auch die deutschen Städte bis zuletzt als Festungen gegen den Vormarsch der Alliierten ausgebaut. Der Durchhaltewille des „deutschen Volkes“ war auch durch die Bombenangriffe auf deutsche Städte nicht entscheidend zu brechen. Sinnfälliger Ausdruck hiervon war die Einstellung des letzten nationalsozialistischen Rundfunksenders am 8. Mai 1945 mit dem Horst-Wessel-Lied. In einem menschenfeindlichen System, das durch und durch militärisch organisiert ist, das auf Grundlage von Konsens im Sinne einer real durchgesetzten Volksgemeinschaft und Terror, den das Regime für „Abweichler“ und „Volksfremde“ bereithielt, funktionierte — kann in einem solchen System noch von Zivilbevölkerung gesprochen werden? Der Begriff Zivilbevölkerung ist notwendig idealtypisch. Er hebt nicht die auch im Nationalsozialismus bestehenden Verschiedenheiten der einzelnen bürgerlichen Subjekte hervor, sondern sublimiert sie unter die Gemeinsamkeiten. Die Diskussion über die deutsche Zivilbevölkerung wird total geführt. Entweder die Zivilbevölkerung war tatsächlich eine und dabei unschuldig, oder sie war eine Zivilbevölkerung im Sinne einer Volksgemeinschaft und war strukturell am Nationalsozialismus beteiligt. Beide Ansätze gehen jedoch von einem idealtypischen abstrakten Begriff aus. Durch die konservative kulturelle Hegemonie befördert, wird die deutsche Bevölkerung in ihrer Gesamtheit von der Verantwortung am Nationalsozialismus freigesprochen. Es wird versucht, lediglich die individuell Schuldigen, die persönlich an Verbrechen Beteiligten verantwortlich zu machen. In den Nürnberger Prozessen und den anschließenden Folgeprozessen, aber besonders im sogenannten Auschwitzprozeß der 60er Jahre, wurde versucht, menschheitsgeschichtlich einmalige Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in ihrer Dimension eigentlich unvorstellbar sind, mit den Paragraphen des bürgerlichen Rechts auf eine rein individuelle Ebene zu fassen. Somit wurde ein Objekt: die verführte deutsche Zivilbevölkerung — als Gegensatz zu einem Subjekt: die Nazis — konstruiert. Nur dadurch war und ist es möglich, den Nationalsozialismus getrennt von der deutschen Bevölkerung zu sehen. Der Nationalsozialismus wurde als über Deutschland hereingebrochen, eigentlich „undeutsches“, dunkles Element der deutschen Ge-

schichte dargestellt. Dieses hatte die Funktion, die Deutschen als eigentliche oder zumindest auch als Opfer des Nationalsozialismus darzustellen, um auch weiterhin positiv an die deutsche Geschichte anknüpfen zu können. Diese Sichtweise verkennt vollkommen, daß der Nationalsozialismus ohne die massenhafte Beteiligung aus der Bevölkerung nicht hätte existieren können und seine kontinuierliche Entwicklung fest verankert mit der „deutschen Geschichte“ und ihren antiaufklärerischen Tendenzen ist. Wir dürfen nie vergessen, wer die Täter und wer die Opfer des Nationalsozialismus waren!

Wir meinen, daß der Begriff der Zivilbevölkerung nur im Sinne einer Volksgemeinschaft, die strukturell Verantwortung trägt, zu fassen ist. Insofern gab es im Fall der Angriffe auf Dresden, Hamburg und andere deutsche Städte strukturell gesehen keine unschuldigen, vom Nationalsozialismus getrennt zu sehenden Opfer. Insgesamt gesehen kann es sich bei den Angriffen also nicht um einen Akt des Terrors gegen Unschuldige gehandelt haben, denn auch die Alliierten sind davon ausgegangen, daß sie es mit einem „Tätervolk“ zu tun hatten. Es waren die Alliierten, allen voran die Rote Armee, die jedes KZ einzeln befreien mußten, die Vernichtungsmaschinerie der KZ funktionierte bis zum Schluß, am 8. Mai 1945 wurde das letzte von ihnen — Theresienstadt — befreit.

Uns geht es nicht um eine Identifikation mit den Alliierten, ihrer Kriegsführung und ihren Kriegszielen. Sie hatten nicht ausschließlich, vielleicht nicht einmal wesentlich, antifaschistische Motive. So gab es bei den Westalliierten Pläne, die zwar den Sturz Hitlers vorsahen, jedoch den Nationalsozialismus in seiner Gesamtheit nicht zerschlagen wollten, um mit ihm dann gegen die Sowjetunion zu kämpfen. Im Laufe des Krieges erkannten die Alliierten jedoch, daß der Nationalsozialismus und Deutschland zerschlagen werden müsse. Dieses Ziel konnte allerdings nur erreicht werden durch ein konsequentes militärisches Vorgehen, zumal massenhafter Widerstand in Deutschland ausblieb. In erster Linie geht es uns darum, die deutsche Sichtweise des Krieges zu kritisieren und uns auf die Seite der Opfer und GegnerInnen des Nationalsozialismus zu stellen. Es ist Ausdruck der deutschen Sichtweise des Krieges, daß die Flächenbombardements der Royal Airforce den Vernichtungskrieg nach Deutschland zurückgebracht hätten. Das, was das deutsche Kriegsprogramm ausmachte, ist nie nach Deutschland zurückgekommen! Deutschlands Krieg war rassistisch und völkisch, nationalistisch begründeter und antisemitischer Vernichtungskrieg, der 1942 mit dem Beginn der industriellen Massenvernichtung der Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti sowie im Überfall auf die SU seinen Ausdruck fand. Er hatte eine in der Menschheitsgeschichte bis dahin unbekannte Dimension erreicht. Und so ist auch der „Anti-Hitler-Krieg zu Dresden“ nicht zu dem entartet, was man zu bekämpfen vorgab, wie es von Ulrike Meinhof 1968 behauptet wurde und wie es von herrschender Seite zum 50. Jahrestag propagiert werden wird. Mit solchen Thesen wird versucht, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren, um am Ende dann „quitt“ zu sein. Diese Sichtweise ist in Deutschland seit Ende des Krieges vorherr-

schend. Nach der Zerschlagung des Nationalsozialismus durch die Alliierten wurden von der amerikanischen Militärverwaltung (OMGUS) Untersuchungen durchgeführt, die davon zeugen. Darin äußern Deutsche ihre Meinung zum Krieg zusammenfassend so: „Nur wenige verteidigten die Art und Weise, wie Juden behandelt wurden, aber die meisten meinten, daß es gut war, die Macht der Juden zu brechen.“ Von den Massenmorden, zitiert der Bericht dann weiter, habe man nichts gewußt, und die amerikanischen Berichte seien übertrieben. Darüber hinaus seien Juden ökonomisch zu einflußreich gewesen. Durch die alliierten Bombenangriffe und die Toten in der deutschen Zivilbevölkerung seien die Opfer auf beiden Seiten ausgeglichen. Die Slavenarbeiter wären gut behandelt worden, und das ihnen zugefügte Leid sei durch deren Plünderungen und Gewalttaten nach der Niederlage abgegolten. Kritisiert wird ebenfalls die Einsetzung zurückkehrender Emigranten in offizielle Positionen durch die Besatzungsorgane. Denn diese Emigranten „hatten den Kontakt zu ihrem Volk verloren, sind ihren Volk entfremdet und haben sein Vertrauen verloren“. (Zitiert nach dem Historischen Frank Stern, *Im Anfang war Auschwitz*, 1991) 50 Jahre danach geben Meinungsumfragen dasselbe Bild wieder. Diese Art der Aufrechnung wird uns auch 1995 an allen Gedenktagen entgegengeworfen. Es finden sich in TAZ, Welt, Hamburger Abendblatt, Bild und vielen anderen Tageszeitungen derzeit Serien, die unter dem Titel „Vor 50 Jahren“ das Bild der deutschen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft zeichnen und dabei im Nachhinein den Feindbildern der Zeit des Nationalsozialismus eine „reale Wirklichkeit“ verleihen wollen, indem sie die angeblichen „Greuelthaten“ der Alliierten gegen die „unschuldige deutsche Zivilbevölkerung“ hervorheben. Diese Sichtweise verkennt den Charakter des NS sowie des Krieges vollkommen!

2. Gegnerschaft zu Krieg und Nationalsozialismus

Im Rahmen der Schnepfenthaler Diskussion hat sich weiterhin gezeigt, daß es Ansichten innerhalb der Linken gibt, die davon ausgehen, der Krieg und andere nationalsozialistische Maßnahmen seien im wesentlichen gegen den Willen weiter Teile dessen durchgeführt worden, was sich als „deutsches Volk“ verstand. Die abgegebenen Erlebnisberichte stellen mit Sicherheit nicht die alleinige Grundlage hierfür dar. Wir befürchten, daß diese Positionen aus der traditionellen Liebe Linker zum Volke resultieren. Und Liebe macht bekanntlich blind. Für manche Strömungen der Linken ist es unvorstellbar, eine Kritik an den herrschenden Verhältnissen zu formulieren, die eine Mittäterschaft „des Volkes“, „der Volksmassen“ oder des Proletariates einschließen würde. („Rostock ist eine Arbeiterstadt“, riefen „Spartakisten“ auf der Demo in Rostock-Lichtenhagen.) Ganz kraß formulierte es einmal ein Mitglied der „SAG“ in Freiburg in einer Diskussion um die Bombardierungen deutscher Städte: „Opfer des 2. Weltkrieges waren nicht die Juden oder die Russen oder die Polen oder die Opfer, Opfer war die internationale Arbeiterklasse! Und Täter, Fortsetzung nächste Seite“

Fortsetzung von Seite 13:

das waren die englische Bourgeoisie, die amerikanische Bourgeoisie, die französische Bourgeoisie und die deutsche Bourgeoisie!"

Die Alternative zu einer solchen Haltung darf selbstverständlich nicht ein Elitarismus sein, der jeden Kontakt mit „dem Pöbel“ meidet. Auch solche Entwicklungen gibt es bei Leuten, die sich links nennen.

Bei all dem dürfen wir nicht vergessen, daß Hitler nicht durch einen Putsch an die Macht gelangte. Zwar hatte das deutsche Großkapital einigen Anteil, ihn an die Macht zu bringen, doch ist Nationalsozialismus ohne Volk genauso wenig denkbar wie ohne Kapitalismus. Die NSDAP wurde gewählt. 52% der Wahlberechtigten machten am 5.3.1933 ihr Kreuzchen für die NSDAP oder ihren Koalitionspartner DNVP. Die Frage ist, ob sie es taten trotz des nazistischen Straßenterrors, der antisemitischen Parolen, des Versprechens, Deutschland aus den Fesseln des „Versailler Diktats“ zu befreien, oder gerade deswegen. Wie auch immer, die Unterstützung für Hitlers Politik wuchs mit seinen Erfolgen, er konnte seine Versprechen einlösen. Der „rote Mob“ verschwand von den Straßen, ebenso wie die „Ausbeuter des deutschen Volkes“, die Juden, in die Schranken gewiesen wurden. Zum Zeitpunkt der Abstimmung über die Zukunft des Saarlandes war Deutschland schon recht „sauber“, Hitlers Leistungen wurden honoriert: 90% stimmten für den Anschluß an Deutschland. Und schließlich war man auch bereit, sein Leben für

Führer und die Größe des Vaterlandes zu geben. „Denen haben wir's schon gezeigt, den Polacken! Heute gehört uns Deutschland...“

Wir fragen: Wie kann es sein, daß der Mythos vom „guten Volk“ sich trotz aller Geschehnisse dieses Jahrhunderts derart hartnäckig hält?

3. Widerstand

Verblüffend war für uns die geäußerte These, es habe in Nazi-Deutschland „massenhaft Widerstand“ gegeben. Keiner wird leugnen wollen, daß es Widerstand gab. Gerade in den letzten Jahren sind einige wichtige Studien und Bücher zu diesem Thema veröffentlicht worden, die nicht zuletzt mit dem Mythos aufräumen, die Juden hätten sich „wie Lämmer zur Schlachtbank“ führen lassen. Interessant dabei ist jedoch die Tatsache, daß dieser Widerstand im wesentlichen jüdisch war.

Ist es möglich, daß eine ausschließliche Beschäftigung mit den heroischen Widerstandstaten einiger weniger Deutscher den Blick für die Relationen verstellt? Wie kann es zu solchen Illusionen kommen?

Offenbar gibt es Mißverständnisse über die Verbindung der Themen „Widerstand“ und „Luftkrieg“. Der Luftkrieg, die Angriffe auf deutsche Städte werden von uns nicht als Bestrafung für Auschwitz oder das Fehlen von Widerstand begriffen. Über die Unmöglichkeit dessen ist im ersten Teil etwas gesagt worden.

Der Luftkrieg darf jedoch nicht von

seinem historischen Kontext separiert werden. Wenn die alliierte Kriegsführung als Kriegsverbrechen gebrandmarkt wird, wird der Blick verstellt auf das, was die Deutschen in ihrer überwiegenden Mehrheit tatsächlich waren: nicht Opfer des Krieges, sondern TäterInnen, MitläuferInnen und aktive oder passive UnterstützerInnen. Und das gilt für jedeN, die/der am Funktionieren des NS-Staates und der Kriegsmaschinerie mitgewirkt hat, ohne Sabotage und Zersetzung zu versuchen, zu praktizieren.

„Man hat kein Recht, kampflös zu überleben“, sagte Jean Améry einmal.

4. Kurdistan ist nicht Auschwitz

Unbestritten erfordert der Krieg der Türkischen Republik gegen Kurdistan Widerstand. Der kurdische Befreiungskampf ist dringend zu unterstützen.

Einen Vergleich zwischen dem Genozid an den Kurden und der Scho'a, wie er in Schnepfenthal gezogen wurde, können wir jedoch nicht unwidersprochen lassen.

Die Scho'a ist welthistorisch singulär. Kein anderes Ereignis, so schrecklich und umfassend es auch sein möge, kann ihr gleichgestellt werden. Die Vernichtung des Judentums in Europa ist das wesentliche Charaktermerkmal des Nationalsozialismus, auch der 2. Weltkrieg ist nicht ohne die Scho'a zu betrachten. Aus Vergleichen wie dem in Schnepfenthal oder, wie es ja auch Mode ist, mit dem Krieg im ehemaligen Ju-

goslawien, spricht ein tiefes Unverständnis über den Charakter des Antisemitismus, des Nationalsozialismus und der Scho'a. Gleiches gilt für die später in der Philosophie-AG der Winterschule geäußerte Forderung, man möge sich zur Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus zunächst mit der jüdischen Religion befassen. — Als hätte Antisemitismus irgendeinen konkreten Anhaltspunkt in der Religion!

Unverständnis hat bei uns auch die Forderung hervorgerufen, am 8.5.95 den Krieg in Kurdistan zu thematisieren.

Zu diesem Datum werden wir mit einer Vielzahl von Aktivitäten konfrontiert sein, die hervorheben, wie furchtbar Krieg allgemein doch ist und daß wir uns doch endlich liebhaben sollten. Sicher, die Polemik ist überzogen. Aber ist die Dimension anders klarzumachen? Wem anläßlich des größten Eroberungs- und Vernichtungskrieges der Geschichte nichts Besseres einfällt, als auf den Krieg in Kurdistan oder Jugoslawien oder Peru oder Somalia oder sonstwo hinzuweisen, bei denen nur ein quantitativer, kein qualitativer Vergleich gezogen wird, und dies im Angesicht neuer Großmachtspläne und Einmischungs- und Destabilisierungsversuche des Landes, das diesen Krieg geführt hat, dem sei dringend geraten, sich die Relationen und die Besonderheiten ins Gedächtnis zu rufen.

Wir fordern eine Auseinandersetzung über Antisemitismus ein, die u.E. sowohl in den Politischen Berichten als auch bei der Linken Schule Schnepfenthal geführt werden muß. — (chs, C.B.)

„Zu den 5 wichtigsten Diskussionspunkten“

Dokumentiert: Beschluß der 1. Tagung des 4. PDS-Bundesparteitages, Berlin, Januar 1995

Die 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS bezieht folgende Standpunkte:

1. Zum sozialistischen Charakter der PDS

Der sozialistische Charakter der PDS ist in ihrer Geschichte begründet, von ihren Mitgliedern gewollt, von ihren Wählerinnen und Wählern akzeptiert, in ihrem Programm und Statut festgeschrieben und in ihrem Namen hervorgehoben.

Er resultiert aus unserer Überzeugung, daß die kapitalistischen Gesellschaftsstrukturen die großen Menschheitsfragen nicht nur nicht gerecht, sondern gar nicht lösen können. Die Vorherrschaft der Kapitalinteressen wird den Verbrauch nicht erneuerbarer Ressourcen fortsetzen und den Einklang von Mensch und Natur verhindern, die soziale Ungleichheit weltweit und innergesellschaftlich vergrößern, die Militarisierung der Gesellschaften fördern, das Patriarchat aufrechterhalten.

Sozialismus ist für uns Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.

Er ist für uns verbunden mit vielfältigen Formen der Vergesellschaftung, Überwindung der Kapitalvorherrschaft, Ökologie, Demokratie, Solidarität, sozialer Gerechtigkeit, Emanzipation des Menschen, Überwindung des Patriarchats, Freiheit und Verwirklichung der Menschenrechte, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Minderheitenschutz, Chancengleichheit in Bildung und Kultur und Dezentralisierung.

Das bedeutet, daß unser Sozialismus-Begriff ein Höchstmaß an Demokratie und Liberalität einschließt. Es geht nicht um die Frage, ob und wieviel Demokratie und Liberalität sich eine so-



zialistische Gesellschaft leisten kann, sondern darum, daß ihr sozialistischer Charakter von der Realisierung umfassender Demokratie und Liberalität abhängt. Durch keinen Zweck werden undemokratische und illiberale Methoden gerechtfertigt. Jeder Schritt wirklicher Demokratisierung, des Ausbaus der individuellen Freiheit, des Abbaus sozialer Ungerechtigkeit, der Erhöhung kommunaler Selbstbestimmung ist ein Schritt in Richtung Sozialismus. Dabei verstehen wir Demokratie als Einheit

von repräsentativer, kommunaler, unmittelbarer und Wirtschaftsdemokratie. Liberalität bedeutet für uns Linke die Verbindung von tiefem Humanismus, Individualität, Menschenrechten, persönlicher Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Minderheitenschutz, Pluralismus, sozialer Gerechtigkeit sowie Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung und Kultur in einer Gesellschaft.

Damit verbunden ist die unumkehrbare Absage an ein stalinistisches oder

poststalinistisches Sozialismusmodell, das heißt an Sozialismusvorstellungen mit diktatorischem, antiemanzipatorischem, antidemokratischem, illiberalem und zentralistischem Charakter. Es darf kein Zurück geben hinter die Feststellung von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest, wonach die Freiheit des einzelnen Bedingung der Freiheit aller ist.

Der sozialistische Charakter der PDS verlangt einen bundesweiten und darüber hinaus europäischen und internationalistischen Charakter ihrer Politik. Dem steht der Kampf gegen die Benachteiligung Ostdeutscher und die Geringschätzung ihrer Biographien und Erfahrungen nicht nur nicht entgegen, er setzt ihn voraus.

2. Zum Oppositionscharakter der PDS

Die PDS strebt einen demokratischen sozialen, ökologischen und zivilgesellschaftlichen Wandel der Bundesrepublik Deutschland an, der den Weg zur Überwindung der Kapitalvorherrschaft, der Umweltzerstörung, der Ausbeutung der sogenannten dritten Welt und jeglicher Großmachtspolitik öffnet.

Daraus ergibt sich, daß die PDS in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland steht. Das bedeutet nicht, daß wir die existierenden zivilisatorischen, demokratischen und sozialen Errungenschaften der Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland nicht anerkennen und nutzen würden. Im Gegenteil. Der Entwurf der Abgeordnetengruppe der PDS/Linke Liste im 12. Deutschen Bundestag für eine neue Verfassung der Bundesrepublik Deutschland fordert beispielsweise nicht nur weitgehende Veränderungen der Verfaßtheit d

Bundesrepublik Deutschland. Er würdigte und bewahrte auch wesentliche Teile des Grundgesetzes.

Wer eine Gesellschaft wirklich verändern will, weil er zu den herrschenden Verhältnissen in Opposition steht, muß sich in die Gesellschaft hineinbegeben. Für die PDS bedeutet dies, an allen fortschrittlichen außerparlamentarischen Bewegungen teilzunehmen und zugleich um breite parlamentarische Möglichkeiten zu ringen.

Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung einer Regierung oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS. Unabhängig davon, welche Rolle die PDS in einem Parlament spielt, muß sie sich immer als Kraft der gesellschaftlichen Opposition im oben genannten Sinne verstehen und ihre alternativen gesellschaftspolitischen Ziele bewahren. Die Entscheidung darüber, welche konkrete Rolle sie in einem Parlament spielt (die nicht allein von ihr abhängt), ist je nach Zeit und Situation abhängig davon zu treffen, wie ein Höchstmaß an gesellschaftlichen Veränderungen im Sinne der programmatischen Zielstellung der PDS erreicht werden kann. Selbst dann also, wenn die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, weil sie davon ausgeht, in einer solchen Konstellation das zu dem gegebenen Zeitpunkt höchste Maß an Veränderungen durchsetzen zu können, würde dies bei richtiger Politik ihren Oppositionscharakter in bezug auf die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse nicht beeinträchtigen.

Deshalb kann es keine abstrakten Leitlinien oder Regelungen dafür geben, in welcher Situation die PDS welche Rolle in einem Parlament einzunehmen hat. Einig sind wir uns dahingehend, daß die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.

3. Zum Pluralismus der PDS

Die PDS strebt eine pluralistische Gesellschaft an. Aufgrund ihrer eigenen Geschichte sieht es die PDS als großen Fortschritt an, auch sich selbst pluralistisch zu organisieren. Die Vielfältigkeit der Ideen, der Herangehensweisen und der Standpunkte in der PDS betrachten wir als Gewinn. Der Pluralismus der Partei ist durch unser Statut garantiert und im Programm ausdrücklich hervorgehoben. Pluralismus ist aber auch nach dem Statut der PDS nicht beliebig und darf nicht als Entschuldigung dafür dienen, auf eine verständliche und nachvollziehbare Politik der Gesamtpartei und ihr eigenständiges Profil zu verzichten. In den Vorstellungen der Menschen muß in wichtigen Fragen klar sein, wofür und wogegen die PDS steht. Fraktionen und Vorstände der PDS sind hier in besonderer Weise gefordert. Sie müssen auf der Grundlage des Parteiprogramms, der Wahlprogramme, der Beschlüsse der Parteitage politikfähig sein. Das stellt aber nicht nur Anforderungen an die Fraktionen und Vorstände, sondern auch an die Delegierten, arbeits- und politikfähige Fraktionen und Vorstände zu wählen. Die Partei als Ganzes ist und bleibt pluralistisch. Bei den Wahlen unserer Fraktionen gehen wir durch die strategische Entscheidung für offene Listen noch darüber hinaus. Dennoch bedeutet dies nicht, daß in jedem Vorstand und in jeder Fraktion jede politische Richtung vertreten sein muß. Es geht um ihre Politikfähigkeit.

Es gibt Grenzen, die durch kein Mitglied der PDS überschritten werden dürfen. Nationalistische, chauvinistische, rassistische, antisemitische Auffassungen sind mit der Mitgliedschaft in der PDS unvereinbar.

Das gilt ebenso für stalinistische Auffassungen.

Ein Zurück hinter den auf dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 beschlossenen Bruch mit stalinistischen Strukturen darf es nicht geben. Das bedeutet, daß wir antidemokratische, antiemanzipatorische, illiberale, avantgardistische und zentralistische Sozialismus- und Parteivorstellungen zurückweisen. Sie sind schon mit dem Namen der Partei unvereinbar. Als sozialistische Partei kann und darf die PDS nicht antikommunistisch sein. Sie ist nicht bereit, auf demokratisch-kommunistische Positionen in ihren Reihen zu verzichten.

4. Das Verhältnis der PDS zu ihrer Geschichte, zur Geschichte der DDR und zum untergegangenen „real existierenden Sozialismus“

Aufarbeitung der Geschichte ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der PDS. Ohne sie ist weder Gegenwarts- und Zukunftspolitik begründbar noch Zukunftspolitik gestaltbar. Die PDS stellt sich der gesamten Geschichte der deutschen und internationalen sozialistischen Bewegungen. Sie weiß, daß dies ebenso eine Geschichte von großen Heldentaten und Opfern, von großen sozialen Bewegungen und Leistungen, von fast unerschöpflichem Gedankenreichtum ist wie eine Geschichte von großen Fehlern, Irrtümern und leider auch schlimmen Verbrechen. Wir stellen uns allen diesen Seiten der Geschichte und werden uns stets gegen ihre einseitige und undifferenzierte Beurteilung wenden.

In besonderem Maße tragen wir Verantwortung für die Geschichte der SED und der DDR, aus der wir hervorgegangen sind. Die PDS ist wahrscheinlich als einzige Partei verpflichtet, an dieser Geschichte sozialistische Kritik zu üben. Für uns ist an der SED und an der DDR nicht das negativ zu beurteilen, was an ihnen sozialistisch war, sondern das viele, das an ihnen nicht sozialistisch war. Eine solche Herangehensweise verlangt gleichermaßen schonungslose Kritik und differenzierte Bewertung. Wir haben uns bei den wirklichen Opfern von Unterdrückungsmechanismen in der DDR aufrichtig entschuldigt und bleiben dabei, daß dies das Mindeste war, was wir tun konnten. Wir treten nach wie vor dafür ein, das bei der Treuhandanstalt liegende Altvermögen der SED auch zur Wiedergutmachung gegenüber solchen Opfern zu verwenden. Auf der anderen Seite werden wir die Bemühungen und die Ergebnisse der Tätigkeit von Hunderttausenden Mitgliedern der SED, Hunderttausenden Bürgerinnen und Bürgern der DDR für eine sozial gerechtere, solidarischere und humanere Gesellschaft niemals in Abrede stellen oder gering schätzen. Die Bürgerinnen und Bürger der DDR sind mit sehr verschiedenen negativen und positiven Erfahrungen aus der DDR in der Bundesrepublik Deutschland angekommen. Niemand hat das Recht, sie zur Leugnung ihrer Biographien zu zwingen, ihre Biographien geringzuschätzen und darauf zu verzichten, ihre Erfahrungen für die Gestaltung der Bundesrepublik Deutschland zu nutzen. Mit der PDS wird es keine Verklärung der gesellschaftlichen Realitäten in der DDR geben. Wir werden uns allen Bestrebungen widersetzen, die antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen, ineffektiven und antiökologischen Realitäten in der DDR zu leugnen. Ebenso werden wir deutlich widersprechen, wenn und solange versucht wer-

den wird, die Geschichte der DDR auf ihre Defizite zu reduzieren, die historischen Zusammenhänge außer Betracht zu lassen, die Rolle der politisch und wirtschaftlich Mächtigen in der Bundesrepublik Deutschland in der Zeit des kalten Krieges zu glorifizieren. Wir werden der These vom „Unrechtsstaat“ widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzuspüren und ihren Bürgerinnen und Bürgern vorzuwerfen, sich auf ein Leben in der DDR auf der Grundlage ihrer Verfassung und Gesetze eingestellt zu haben. Den Versuch, ein solches Verhalten auch noch juristisch zu verfolgen, weisen wir zurück. Das bedeutet aber nicht, das Vorhandensein von Unrecht, von Willkür, von Verletzungen der Menschenrechte und den Mangel an Rechtsstaatlichkeit zu leugnen oder zu rechtfertigen.

Die sozialistische Kritik an der Geschichte der SED und der DDR ist für die PDS auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie eine Voraussetzung dafür ist, daß wir als Sozialistinnen und Sozialisten nie wieder antidemokratischen, antiemanzipatorischen, illiberalen, avantgardistischen und zentralistischen Sozialismusvorstellungen folgen werden.

5. Das Verhältnis der PDS zur SPD und zu Bündnis '90/Die Grünen

Die PDS entwickelt ihre Politik auf eigener programmatischer und organisatorischer Grundlage. Sie hat ein deutlich anderes Profil als die SPD und das Bündnis '90/Die Grünen. Wir erweisen der sozialdemokratischen und ökologischen Bewegung in der deutschen und internationalen Geschichte unseren Respekt. Ein solcher Respekt schließt ein, wie das eigene Versagen auch das Versagen insbesondere der sozialdemokratischen Bewegung zu benennen.

Seit dem außerordentlichen Parteitag der SED im Dezember 1989 haben wir uns trotz unterschiedlicher politischer Aussagen immer für eine sachliche Zusammenarbeit mit der SPD und dem Bündnis '90/Die Grünen ausgesprochen. Dabei wird es auch bleiben, zumal wir wissen, daß notwendige fortschrittliche gesellschaftliche Veränderungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht ohne und gegen die SPD und wahrscheinlich auch nicht ohne und gegen das Bündnis '90/Die Grünen zu erreichen sind. Eine solche Einschätzung schließt jegliches Verständnis dafür aus, SPD und Bündnis '90/Die Grünen als politische Feinde der PDS zu sehen. Sie sind weder Haupt- noch Nebenfeinde. Sie sind politische Konkurrenten, mit denen wir uns gegebenenfalls auch hart politisch auseinandersetzen, mit denen wir aber zur Zusammenarbeit bereit bleiben. Eine solche Herangehensweise schließt ebenso jede Form von Anbiederei aus. Unsere Aufgabe besteht nicht darin, bestimmten Mitgliedern der SPD oder vom Bündnis '90/Die Grünen zu gefallen. So wie wir sie in ihrer Unterschiedlichkeit zu uns akzeptieren, erwarten wir, daß sie eines Tages auch uns in unserer Verschiedenartigkeit zu ihnen akzeptieren werden. Die PDS benötigt gegenüber diesen Parteien keine Abgrenzungsbeschlüsse. Die Art der Zusammenarbeit mit Sozialdemokratinnen, Sozialdemokraten und Grünen wird sich Schritt für Schritt in außerparlamentarischen Aktionen und in parlamentarischen Gremien herausbilden. Durch nichts sind eigene Erfahrungen in der Zusammenarbeit zu ersetzen. Deshalb nutzt es nichts, solche Prozesse künstlich zu forcieren oder künstlich zu blockieren. Maßstab unseres Verhältnisses zur SPD und zu Bündnis '90/Die Grünen bleibt deren reale Haltung zu demokratischen, sozialen und zivilgesellschaftlichen Fortschritten in der BRD.

TERMINE

19.2.: Landtagswahlen in Hessen

4.3.: Frühjahrstagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln

4./5.3.: BWK-Bundesdelegiertenkonferenz in Köln

14.5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 10050, Konto Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/621532.

Über den Umgang mit der NS-Zeit in Köln



Versteckte Vergangenheit

„Versteckte Vergangenheit“

Vorgestellt: Eine interessante Ausstellung über die NS-Geschichte der Stadt Köln

Sichtbare Spuren des Faschismus gibt es in Köln nicht mehr viele, zu gründlich haben Bombenangriffe, die „private Entnazifizierung“ der Menschen nach der Befreiung und die auf Verdrängung gerichtete Politik von Rat und Verwaltung in den fünfziger und sechziger Jahren aufgeräumt. Die wenigen Erinnerungsstätten an den Nazi-terror liegen oft versteckt wie im Gremberger Wäldchen und auf dem Westfriedhof oder wurden von Antifaschisten erst mühsam erkämpft wie die Gedenkstätten im EL-DE-Haus und an der Hüttenstraße.

Diese Tatsachen deutlich zu machen und vor allem die versteckten Spuren des „tausendjährigen Reiches“ zu dokumentieren, ist das Verdienst der Ausstellung „Versteckte Vergangenheit“ des NS-Dokumentationszentrums in der Alten Wache des Kölnischen Stadtmuseums. In einer ersten Abteilung geben Bilder und Dokumente Auskunft über Stätten, denen ihre Vergangenheit meist nicht mehr anzusehen ist: Fort V in Müngersdorf zum Beispiel, einst Sammellager für die Kölner Juden auf

dem Weg in die Vernichtung, abgerissen in den fünfziger Jahren, heute einfach eine zugewachsene Mulde im äußeren Grüngürtel.

Aber nicht nur im Stadtbild versteckt sich die Nazivergangenheit bzw. wurde sie versteckt, auch in unscheinbaren, kleinen Gegenständen kommt sie zum Vorschein. Das gilt für den Jauchheber, hergestellt aus einem alten Wehrmachtsstahlhelm (ein Gerät, fast zu schön, um wirklich zu sein), dem kitschigen NS-Gemälde, dessen Rückseite eine Abendmahlsszene zierte, die jahrelang an Fronleichnam einen Hausaltar zierte, wie für retuschierte Fotos in einer Vereins- und vernichtete Seiten in einer Schulchronik. —

Aber das Lachen, das einen bei manchen Ausstellungsstücken ankommt, bleibt dem Besucher im Halse stecken: In der letzten Abteilung dokumentieren die Macher(innen) Aktivitäten der Neonazis. Flugblätter, Aufkleber und vor allem Drohbriefe, zum Teil nicht einmal anonym, machen deutlich, daß das Vergangene nicht tot ist, nein, nicht einmal vergangen. — (tri)

Von der Ausstellungseröffnung

Ende letzten Jahres eröffnete der Leiter des NS-Dokumentationszentrums in Köln, Horst Matzerath, die Ausstellung „Versteckte Vergangenheit“. Die „Lokalberichte Köln“ veröffentlichten Auszüge aus seiner Rede.

Die Idee zu dieser Ausstellung resultiert aus einem persönlichen Erlebnis: 1991 kam eine Dame mit einem Paket unter dem Arm zu uns ins EL-DE-Haus. Sie hatte darin ein Bild, das sie auf einem Basar in einem Kölner Altenheim, in dem sie arbeitet, gekauft hatte. Es war eine Radierung, die ein altes Stadttor, wohl in Röthenburg, darstellte und das ihr als Motiv sehr gefiel. Eines Tages fiel das Bild von der Wand, der Rahmen zerbrach und zum Vorschein kam eine Zeichnung, die einen Mann mit markigen Zügen darstellte und auf der Rückseite einen Stempel „Rasse- und Siedlungshauptamt SS“ mit einer Nummer und auf der Innenseite des Rückenkartons einen Stempel „Verein Lebensborn e.V. Heim Wernigerode“ trug. „Versteckte Vergangenheit“: Ein Mensch hatte augenscheinlich jahrzehntelang mit einem unverfänglichen Objekt gelebt, in das er wie in einen Schrein einen wesentlichen Inhalt seines Lebens eingeschlossen und verborgen hatte...

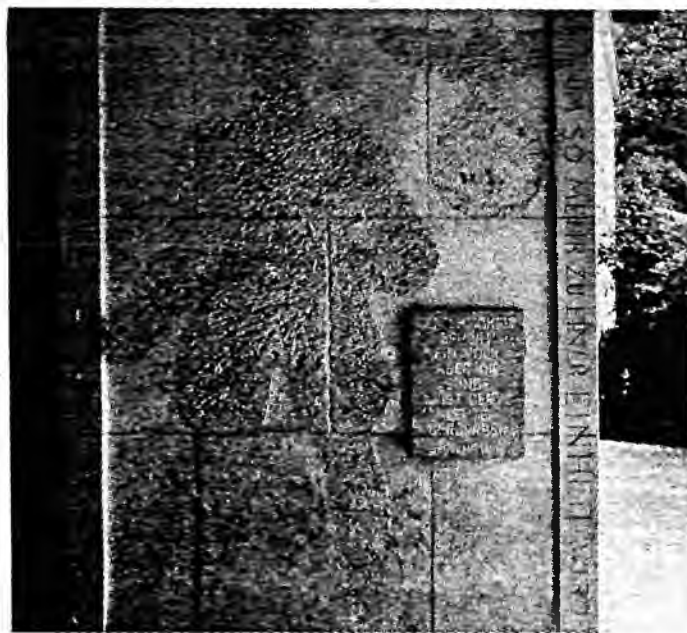
Dieses Objekt gab Anstoß zu der Frage: Wie leben wir mit der NS-Vergangenheit in unserer Stadt? Tun wir es bewußt, oder haben wir vergessen, verdrängt, haben wir Objekte und Sachverhalte aus dieser Zeit beiseitegeschoben? Wo finden wir gegenwärtig in unserer Stadt noch Spuren aus dieser Zeit

Bei der Diskussion dieser Frage haben wir festgestellt, wie breit und vielfältig dieses Thema ist und daß viele Sachverhalte uns erst beim Sprechen bewußt wurden. Allein die Zeitungslektüre der letzten Woche stößt uns darauf,

wie unmittelbar dieses Thema weiterhin tagtäglich präsent ist: Diskussion um die Erhaltung der Domplombe, Entschärfung von Bomben in der Stadt, Gedenken in der Synagoge an den Novemberpogrom, Veranstaltung zum 50. Jahrestag der Ermordung der Ehrenfelder Gruppe, Gerichtsverhandlung im Solinger Prozeß.

Bereits diese Aufzählung macht aber deutlich: Es sind sehr unterschiedliche Aspekte, die uns an die Vergangenheit erinnern. In der Ausstellung haben wir sie unter vier Schlagworten zusammengefaßt, die jeweils einen Ausstellungsbereich bilden: „Spurlos verschwunden?“, „Vergangenheit verstecken“, „Vergangenheit entdecken“, „Der Schoß ist fruchtbar noch...“ (...)

Hier habe ich nur einzelne Beispiele aus dieser Ausstellung herausgegriffen; die Exponate selbst stehen wieder für eine Unzahl von anderen, von denen Ihnen viele weitere auf Anhieb einfallen werden. Sie sollen zur Auseinandersetzung mit diesem Thema anregen, aber nicht mit der Geste der großen Anklage. Der Besucher selbst soll bis zu einem gewissen Grad den Vorgang des Entdeckens nachvollziehen... Die Ausstellung geht daher zumeist von der unverfänglichen Gegenwart aus, hinter der sich die Vergangenheit verbirgt. Sie gibt zudem bei dem einzelnen Exponat auch nicht die Erläuterung, welches das Motiv für den Umgang mit dem Objekt gewesen ist: Sollte das wegetuschierte Hakenkreuz auf der Fahne bei dem Foto eines Schützenvereins ein anstößiges Symbol entfernen, oder sollte damit nicht doch der Verein vor einer möglichen



Eingang zum Gemeindehaus der Evangelischen Gemeinde Bayenthal, 1994. Noch immer schwach erkennbar: Die 1935 bei der Errichtung des Hauses angebrachte und nach 1945 entfernte Silhouette eines SA-Mannes, rechts oben von diesem der Reichsadler mit Hakenkreuz.

chen Verbindung mit dem Nationalsozialismus bewahrt werden? Wir können es nicht entscheiden. Der Besucher selbst sollte sich damit auseinandersetzen. Unterschiedliche Begriffe, die in einem Band in den einzelnen Abteilungen der Ausstellung umlaufen, machen dazu Angebote. Die Sachverhalte in der letzten Abteilung freilich, die den gegenwärtigen Rechtsextremismus behandeln, sind so eindeutig, daß eine solche Differenzierung weder möglich noch nötig ist.

Diese Ausstellung ist ein Plädoyer für eine offene und kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.

Das bedeutet zugleich, daß die — verhältnismäßig wenigen noch enthaltenen — Zeugnisse der NS-Zeit erhalten werden sollten. Dies nicht aus musealen Interessen, sondern um an ihrem Beispiel kritisch die Auseinandersetzung führen zu können, was Nationalsozia-

lismus in dieser Stadt bedeutet hat.

Es liegt auf der Hand, daß entscheidende Dimensionen dieses Themas sich nicht in Gegenständen und Abbildungen sichtbar machen lassen. Wie die Justiz, wie die Geschichtsschreibung in dieser Stadt mit dem Nationalsozialismus umgegangen sind oder etwa Entnazifizierung und Wiedergutmachung sind Themen, die sich nur sehr begrenzt in einer Ausstellung behandeln lassen; sie bedürfen der eingehenderen Analyse, etwa in Form kritischer Untersuchungen. Beiträge zu derartigen Themen in Form von Essays und wissenschaftlichen Aufsätzen enthält der Begleitband zur Ausstellung. Dort finden Sie Beiträge von H. E. Richter und Margarete Mitscherlich, die bewußt machen, daß diese Phänomene keine spezifisch Kölner sind, sondern generell Probleme der deutschen Gesellschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.